Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

:antifaschistische nachrichten Nr. 2
g 3336 25.1.2007 23. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

FIR begrüßt EU-weite Regelung gegen Volksverhetzung und Rassismus

BERLIN. DIE Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR), Dachverband der Veteranen- und Opferverbände und antifaschistischer Organisationen in Europa und Israel, hat den jüngsten Vorstoß der deutschen Justizministerin Brigitte Zypris begrüßt, während der EU–Ratspräsidentschaft eine EU-weite strafrechtliche Verfolgung von Tatbeständen wie Volksverhetzung und Leugnung des Holocausts durchzusetzen.

„Angesichts der skandalösen Konferenz zur Holocaust-Leugnung in Teheran, aber auch der unsäglichen Provokationen der sächsischen NPD-Abgeordneten ist dieser Vorstoß ein erster Schritt zur Umsetzung der Vorschläge der FIR gegen die Gefahren extrem rechter Kräfte in Europa, die unsere Föderation im Herbst vergangenen Jahres vorgestellt hat," erklärte der Generalsekretär der FIR, Dr. Ulrich Schneider, gegenüber der Presse.

Nun komme es darauf an, solche Verbote durch gesellschaftliche Initiativen zu unterfüttern. So fordert die FIR von den politisch Verantwortlichen in allen europäischen Ländern und in der EU dem Handeln gegen Rassismus, Antisemitismus, Neofaschismus und extremer Rechten in verschiedenen Spielarten ein größeres politisches Gewicht beizumessen.

„Es müssen weitere Mittel für zivilgesellschaftliche Projekte gegen Rassismus und Xenophobie, für die Stärkung von Demokratie und Dialog bereitgestellt werden," heißt es in der Erklärung der FIR.

Internationale Föderation der Widerstandskämpfer
Dr. Ulrich Schneider ■

Inhalt:

Führungskrise bei der Hamburger NPD 8
Französische Rechte und das „Recht auf Wohnung"..... 9

Extrem rechte Fraktion im EU-Parlament konstituiert

Sie waren gegen die Osterweiterung der EU und den Beitritt Rumäniens und Bulgariens. Nunmehr haben sie unmittelbar davon profitiert: Dank der Präsenz rechtsextremer Abgeordneter in den Delegationen, die die beiden neuen Mitgliedsländer seit 1. Januar 2007 ins Europaparlament (EP) entsenden, konnten die rechtsextremen Parteien dort nunmehr erstmals seit 1994 wieder Fraktionsstärke erreichen. Am Montag, den 15. Januar 2007 konnte der Chef des neuen transnationalen Zusammenschlusses unter dem programmatisch-ideologischen Namen "Identität, Tradition, Souveränität" (IST), der Franzose Bruno Gollnisch, in Strasbourg 20 Unterschriften von Abgeordneten vorlegen. Zur Bildung einer Fraktion sind mindestens 19 Europaparlamentarier erforderlich. Gollnisch ist gleichzeitig die "Nummer zwei" in der Parteihierarchie des französischen Front National (FN) hinter dessen Chef Jean-Marie Le Pen.

v.l.n.r.: Popeanga (Groß-Rumänien-Partei), Gollnisch (FN), Claes (Vlaams Belang)

5 von 53 Europaparlamentariern aus den beiden neu beigetretenen Ländern gehören zur extremen Rechten in Gestalt der Großrumänienpartei (PRM) und der bulgarischen Partei Ataka (Angriff). Im Mai 2007 werden die rumänischen und bulgarischen Stimmbürger ihre Abgeordneten im EP direkt wählen. Aber im Moment wird eher befürchtet, dass die Präsenz der extremen Rechten dann noch stärker ausfallen könnte. Umgekehrt würde ihre Schwächung aber bedeuten, dass dem neuen Zusammenschluss möglicherweise der Fraktionsstatus wieder verloren geht. Dies wäre der Fall, wenn ihm zwei Abgeordnete „verloren gingen". Allerdings wird damit gerechnet, dass sich möglicherweise umgekehrt auch noch die sechs Europa-Parlamentarier der rechtsaußen stehenden „Liga der polnischen Familien" (derzeit an der Regierung in Warschau beteiligt) dem neuen Zusammenschluss hinzugesellen könnten.

Ihm gehören neben den o.g. Parteien zur Zeit auch die „Duce-Enkelin" Alessandra Mussolini und (in Gestalt von Luca Romanogli) ein weiterer Vertreter der italienischen „Traditionsfaschisten" an – die bei der Umwandlung des früheren neofaschistischen MSI in die Regierungspartei Alleanza Nazionale nicht mitmachen mochten. Aber auch die drei Abgeordneten des belgischen separatistischen Vlaams Belang (ehemals Vlaams Blok) sowie der einzige Europaparlamentarier der österreichischen FPÖ namens Andreas Mölzer zählen zu der neuen Fraktion. Der britische Abgeordnete Ashley Mote, der 2004 auf der Liste der nationalkonservativen und EU-feindlichen Ukip (United Kingdom Independance Party) gewählt worden, aber aus ihr ausgetreten ist, schloss sich ebenfalls an. Er hatte allerdings mit seiner Unterschrift zur Fraktionsbildung am längsten gezögert und erst nach einigen Tagen, am 15. Januar, schlussendlich doch noch unterzeichnet.

Rückblick auf die letzte gemeinsame Fraktion

Der französische FN gilt als Motor des Zusammenschlusses. Diese Partei bildete bereits von 1989 bis 1994 eine gemeinsame Fraktion im EP mit den deutschen Republikanern (REPs) und dem damaligen italienischen neofaschistischen MSI. Doch die Fraktion wurde alsbald von Querelen zwischen den Nationalisten erschüttert, so gab es Streit zwischen den REPs und dem MSI, weil Ers-

→

tere unter ihrem damaligen Chef Franz Schönhuber den „deutschen Charakter Südtirols“ betonten. Zudem interessierten sich die MSI-Parlamentarier, die oft aus Süditalien und damit einer Auswanderungsregion kamen, nicht so sehr für das „Einwanderungsproblem“ wie REPs und FN. Nachdem italienische und westdeutsche Europaparlamentarier sich heftig beharkten, ergriffen die Franzosen schließlich Partei für die „Republikaner“. Aber die kamen bei der Neuwahl 1994 nicht wieder ins Europaparlament.

Unterschiede im politischen Profil

Noch ist nicht klar, ob der neue Zusammenschluss nicht wieder ein ähnliches „Schicksal“ ereilen könnte, wie die Fraktion von 1994. Im Vorfeld der Konstituierung der neuen Fraktion hatte es noch Streit gegeben: Eine österreichische Tageszeitung hatte Anfang Dezember 2006 gemeldet, dass die Belgier vom Vlaams Belang sowie die italienische Lega Nord Bedenken gegen die Beteiligung der bulgarischen rabiat-nationalistischen Ataka angemeldet hätten. (Wir berichteten) Die Lega Nord ist nun auch nicht dabei. Vielmehr hat sie Kontakt zu den nationalkonservativen „Souveränisten“ – wo unter anderem der französische Rechtskatholik Philippe de Villiers im EU-Parlament sitzt – geknüpft.

Allerdings ist der Absprung der Lega Nord möglicherweise nicht nur auf die mangelnde „Salonfähigkeit“ der bulgarischen Ataka-Partei mit ihren brutalen Anti-Roma-Sprüchen zurückzuführen, sondern auch auf inhaltliche Profilunterschiede zu anderen Teilnehmern. Im Januar verlautbarte etwa, die Lega Nord habe auch politische Schwierigkeiten mit Jean-Marie Le Pen angemeldet, da dieser eher für einen zentralistischen Nationalstaat eintritt, die norditalienische „Liga“ dagegen für eine maximale Autonomie der Regionen. Vertritt diese Organisation doch einen rassistisch eingefärbten Partikularinteressen-Egoismus im Namen des reicheren Norditalien, der sich ebenso gegen die „armen Schlucker“ im Süden Italiens und das „gefräßige Rom“ („das uns unsere Steuergelder wegnimmt“) als auch gegen unerwünschte Einwanderer richtet. Im Interview mit der Springerzeitung ‚Die Welt‘ vom 9. Januar 07 erklärt der FPÖ-Europaparlamentarier Andreas Mölzer denn auch zu diesen Fragen, und namentlich im Hinblick auf die Differenzen zwischen Jean-Marie Le Pen und der Lega Nord: „Sie müssen bedenken, dass die rechtsdemokratischen Parteien sehr unterschiedlich sind – es gibt Föderalisten, Separatisten und Nationalisten. Es gibt da einen Minimalkonsens der Parteien über zentrale Themen. Wir sind gegen den Beitritt der Türkei, stellen uns gegen Massenzuwanderung und sind für die Förderung europäischer Familien.“

Was jedoch gegen einen raschen Wieder-Auseinanderfall des neuen Zusammenschlusses spricht, ist die Tatsache, dass der frisch errungene Fraktionsstatus ihnen bedeutende finanzielle und personnelle Mittel garantiert. Die zusätzlichen Zuwendungen für ihre gemeinsame Arbeit im Europaparlament, auf die die rechtsextremen Abgeordneten nun ein Anrecht erworben haben, werden auf eine Million Euro geschätzt.

Bernhard Schmid, Paris ■

Kundgebung vor Neonazi-Praxis

KÖLN. Gut 60, in der Mehrheit junge Menschen aus dem antifaschistischen Spektrum hatten sich am Freitag, dem 12. Januar auf dem Neusser Platz in Köln-Nippes versammelt, um die Bewohner(innen) des Agnesviertels auf einen mehr als dubiosen Nachbarn aufmerksam zu machen: Benedikt Frings, Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie, Geschäftsführer der Kölner NPD und Teilnehmer an der „Holocaust-Konferenz“ in Teheran.

Der Neonazi, gegen den seit mehr als einem Jahr bei der Staatsanwaltschaft Köln eine Anzeige wegen Volksverhetzung vorliegt, hatte im Fernsehen verraten, eine solche Konferenz, die leider in Deutschland nicht stattfinden könne, habe er sich schon als Kind erträumt.

Die Teilnehmer(innen) der Kundgebung, die interessierten Anwohner(innen) und die massenhaft anwesenden Polizisten wurden in drei Reden über Frings und dessen Machenschaften informiert. Zu tun hatte die Polizei wenig; lediglich einige Neonazis, die provozierend Antifaschist(inn)en fotografieren wollten, suchten immer mal wieder Hilfe bei den Ordnungshütern, wenn sie höflich aber bestimmt des Platzes verwiesen werden sollten.

Für die Antifaschist(inn)en bildete die Kundgebung in unmittelbarer Nähe von Frings‘ Praxis den Auftakt zu einer Reihe von Aktivitäten, mit dem Ziel, dem Neonazi das Handwerk zu legen.

tri ■

Start in den Kommunalwahlkampf!

Neonazistische Großveranstaltung in München am 28. Januar 2007!

MÜNCHEN. Unter dem Titel „9. politisches Neujahrstreffen“ wollen die „Deutsche Partei“ und die „Bürgerbewegung Pro München“ am Sonntag den 28. Januar 2007 eine Saalveranstaltung an einem bislang nicht öffentlich gemachten Ort in München veranstalten. Laut eigener Ankündigung werden „viele Spitzenfunktionäre national- freiheitlicher Parteien und Organisationen“ als Teilnehmer erwartet. Als Redner werden bislang genannt:

Harald Neubauer (extrem rechter Multifunktionär), Ulrich Pätzold (Vorsitzender der Deutschen Partei), Rüdiger Schrembs (NPD, Pro München) sowie Thomas S. Fischer (Witikobund, Pro München).

Fischer wird in der Einladung weiterhin als CSU-Mitglied angepriesen, obwohl laut Zeitungsberichten die CSU behauptet, ihn im Sommer 2006 aus der Partei ausgeschlossen zu haben.

Als Moderatoren sollen der Deutsche Partei Funktionär Wolfgang Bukow und der Vorsitzende des NPD-Bezirksverbands Oberbayern, Roland Wuttke, fungieren. Beide gehören auch zu den Gründungsmitgliedern von „Pro München“. Die „Bürgerbewegung Pro München“ plant eine Kandidatur bei der Kommunalwahl in München im März 2008. Ebenfalls Mitglied bei „Pro München“ ist der Anführer der „Kameradschaft München“ und Vorsitzende der Jungen Nationaldemokraten Bayerns, Norman Bordin.

Beim letztjährigen „8. politischen Neujahrstreffen“ hatte Carsten Beck, ehemaliger Münchner Stützpunktleiter der JN und aktuelles Vorstands- mitglied von „Pro München e.V.“ das neueste Sammlungsprojekt der extremen Rechten Münchens den Anwesenden vorgestellt. Vor zwei Jahren (2005) sorgte das „7. politische Neujahrstreffen“ mit mehreren hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmern im Hotel-Gasthof zur Post in München-Pasing für erhebliches Aufsehen. Organisiert vom mittlerweile verstorbenen Münchner Stadtrat Johann Pius Weinfurtner und behütet von Mitgliedern der „Kameradschaft München“, die den Saalschutz stellten, unterzeichneten Vertreterinnen und Vertreter diverser extrem rechter Organisationen und Parteien das so genannte „Münchner Bekenntnis“. In diesem erklären sie ihren Willen zu einem gemeinsamen Handeln der „nationalen Opposition“.

Eine ähnlich propagandistisch aufgezogene Aktion dürfte auch dieses Mal geplant sein. Der Kommunalwahlkampf ist eröffnet und „Pro München“ benötigt für die Teilnahme an den Wahlen 1000 Unterschriften.

aida-Presseinformation vom 19. Januar 2007, Gregor Lewin
mail: gregor.lewin@aida-archiv.de
Internet: www.aida-archiv.de ■

Small-Talk mit Töpfer

GREVENBROICH/BERLIN. Erneut kommt der selbsternannte „Nationalanarchist" Peter Töpfer in der von Andre F. Lichtschlag aus Grevenbroich herausgegebenen Zeitschrift „eigentümlich frei" zu Wort. Töpfer hatte als einköpfiges „Nationalanarchistisches Kommunikaze-Kommando Germar Rudolf / Internationale Brigade" an der Holocaustleugner-Konferenz in Teheran teilgenommen. Das Interview mit dem Querfront-Aktivisten, so die Zeitschrift, sei „gerechfertigt", weil „in den Mainstreammedien die Holocaust-Konferenz bewusst falsch dargestellt wurde". Lobende Worte für den kürzlich verstorbenen chilenischen Ex-Diktator Pinochet findet der Gründer der „Monarchieliga", Martin Möller. Der blutrünstige Tyrann sei „ein nobler Mann, ein Ehrenmann und echter Liberaler" gewesen, so Möller und „Freiheit und Wohlstand Chiles waren sein Anliegen". Was für Möller Pinochet ist für Rezensent Thomas Klein der NS-Künstler Arno Breker. In seiner Besprechung des Buches „Arno Breker. Ein Leben für das Schöne" des Franzosen Dominique Egret nimmt er Breker vor antifaschistischer Kritik in Schutz. Breker, der 1965 Ehrenmitglied der neofaschistischen „Deutschen Kulturgemeinschaft europäischen Geistes" (DKEG) wurde, sei „ein edler, rechtschaffener und untadeliger Mensch" gewesen.

EU-Kritik von rechts gibt es u.a. im Interview mit Paul Belien und Alexandra Colen aus Belgien, das Dr. Hardy Bouillon führt. Der ehemalige „Criticon"-Autor gehört heute dem Redaktionsbeirat der „eigentümlich frei" an. Belien ist Herausgeber des englischsprachigen Online-Magazins „The Brussels Journal" mit angeblich 300 000 LeserInnen pro Monat. Das sieht Wohlfahrtsstaat und Nationalstaat in Belgien im Niedergang und befürwortet „eine Rückkehr zum Rechtsstaat und zu konservativen Werten". Belien war auch Mitbegründer der rechten Brüsseler Denkfabrik „Centre for the New Europe" (CNE), das er über viele Jahre leitete. Für Belien ist das Schicksal Belgiens und der EU eng miteinander verbunden: „Wenn Flandern und Wallonien sich friedlich trennten", so Belien, „würde dies auch zeigen, das die EU nicht funktioniert". Beliens Frau, Alexandra Colen, sitzt für die extrem rechte „Vlaams Belang" im belgischen Parlament. Für die steht der Kampf gegen den belgischen Staat und den Zuzug von Ausländern ohnehin ganz oben auf der Liste. In der gleichen Ausgabe der Zeitschrift, die sich im Untertitel als „individualistisch kapitalistisch libertär" bezeichnet, findet man einen Geburtstagsgruß für den FDP-Politiker Otto Graf Lambsdorff. Geschrieben von Detmar Doering, Leiter des „Liberalen Instituts" der FDP-nahen „Friedrich-Naumann-Stiftung" und zugleich Mitglied des Redaktionsbeirates der „eigentümlich frei". Neben Werbung für das „Liberale Institut" der FDP-nahen Stiftung, für die „Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft" und das „Liberale Institut" in Zürich finden sich in dem Heft auch Anzeigen für den Kopp-Verlag (Rottenburg) und den Rüggeberg-Verlag (Wuppertal), die verschwörungstheoretische Schriften aller Art anbieten. Für den, der eh schon alles hat, gibt es die hauseigene Luxus-Krawatte im „Lightbeat Capitalist's Fashion"-Style in einer limitierten Auflage von 99 Stück zum Stückpreis von 62 Euro. Um die Zeitschrift gruppieren sich mittlerweile 17 „Libertäre Stammtische", an denen Menschen „inmitten der neosozialistischen Republik" nach „liberalen und libertären Alternativen suchen", so das Blatt. *hma* ■

Rechte Geschichte(n) auf DVD

GESCHER/HAMBURG. „In Nürnberg sollte Recht gesprochen werden, doch es war Siegerjustiz", so der Pressesprecher der „Landsmannschaft Ostpreußen", Bernhard Knapstein, in einem Beitrag im „Ostpreußenblatt/PAZ" zum Ende des Jahres 2006. Der „Nürnberger Prozeß taugt jedenfalls nicht als Maßstab für internationale Strafgerichtshöfe", so Knapstein über den DVD-Film „Death by Hanging. Tod durch den Strang. Nürnberger Prozess: Recht oder Rache?", der von der Firma „Polar Film + Medien GmbH" im westfälischen Gescher vertrieben wird.

Zu Wort kommen in dem Film „Experten" wie der ehemalige Gorbatschow-Berater Wjatscheslaw Daschitschew, heute gern gesehener Referent bei der DVU und Autor in der „Deutschen Nationalzeitung", der „Junge Freiheit"-Anwalt Alexander von Stahl, der Historiker Prof. Franz Seidler, 2005 Referent bei der neofaschistischen „Gesellschaft für freie Publizistik" und der Völkerrechtler Alfred Maurice de Zayas, ein häufig gesehener Gast beim „Bund der Vertriebenen" und seinen Landsmannschaften. Die DVD-Dokumentation über den Nürnberger Prozeß ist nur eine von zahlreichen Geschichts-Hörbüchern bei „Polar Film". Das Hörbuch „Der zweite Dreißigjährige Krieg" des rechten Generalmajors a.D. Gerd Schultze-Rhonhof findet man dort ebenso wie die Erinnerungen des ehemaligen NS-Reichsjugendführers Artur Axmann, der BDM-Reichsreferentin Jutta Rüdiger und des NS-Jagdfliegers Hajo Herrmann.

Geschäftsführer der Firma in Gescher ist Johannes Haneke. Ihm steht als Prokurist Karl Höffkes aus Dorsten zur Seite. Höffkes gehörte in den 80er Jahren dem Vorstand der neofaschistischen „Gesellschaft für freie Publizistik" an, war Autor in der aus dem „nationalrevolutionären" Spektrum kommenden Zeitschrift „Wir Selbst" und im einschlägig rechten „Arndt-Verlag". Bis 2005 hatte im Firmengebäude von „Polar Film" auch die „Dokuvision GmbH" ihren Sitz, die die Produktion von Bild- und Tonträger als Gegenstand ihrer Tätigkeit ansieht. Deren Geschäftsführer ist Kristof Berking aus Hamburg. Berking war in den 90er Jahren Autor in der „Jungen Freiheit" und Landesvorsitzender des extrem rechten „Bund Freier Bürger" (BFB). Im vergangenen Jahr hatte er den „Junge Freiheit"-Appell „für die Pressefreiheit" unterzeichnet. Bis 2001 waren Haneke und Höffkes Prokuristen bei der „Dokuvision GmbH", die nun ihren Sitz in Hamburg hat. *hma* ■

Generalmajor a. D. Schultze-Rhonhof – ein geachteter Rotarier

STADE. Die VVN-BdA Kreisvereinigung Stade protestierte am 27.12.2006 mit folgendem Schreiben an den Rotary Club Buxtehude gegen einen geplanten Vortrag von Generalmajor a. D. Gerd Schultze-Rhonhof: „Sehr geehrte Herren, die VVN-Bund der Antifaschisten Kreisvereinigung Stade protestiert gegen die Einladung von Generalmajor a. D. Gerd Schultze-Rhonhof zum 13. Februar 2007 beim Rotary Club Buxtehude. Das Thema des Treffens wird in Ihrer Programmvorschau seltsamerweise mit einem „?" angegeben.

Generalmajor a. D. Gerd Schultze-Rhonhof hat 2003 sein Buch „1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte" veröffentlicht. In diesem Buch stellt er Nazi-Deutschland als einen Zufluchtsort für hunderttausende Juden aus Polen dar. Er behauptet: „... dass in den Jahren 1933 bis 557.000 Juden ihr polnisches Heimatland verlassen und Zuflucht im benachbarten Deutschland 1938 suchen".

„Schultze-Rhonhofs dürre Bilanz stellt die Ergebnisse der seriösen Forschung auf den Kopf" urteilt die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 26.11. 2003 unter der Überschrift „Abstruses zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs" über das Buch und Die Welt erwähnt das Buch am 20.11.2003 unter der Überschrift „Der Stoff, aus dem die Mythen sind". Schultze-Rhonhof ist mit seiner Sichtweise allerdings gern gesehener Gast bei einer Vielzahl von Veranstaltungen der extremen Rechten. Er war z.B. am 16.02.2005 Redner bei der „Münch-

→

ner Winterakademie". Was der General über das „Zusammenspiel von kapitalistischen und kommunistischen Juden hinter Roosevelt und Stalin denke", wollte ein junger Mann im Publikum wissen. „Ich habe dazu natürlich meine eigene Meinung, aber wenn ich die äußern würde, hätte ich das ganze Buch nicht veröffentlichen können", war Schultze-Rhonhofs Antwort.

Im Jahr 2006 trat Schultze-Rhonhof auf mehreren geschlossenen Veranstaltungen des revisionistischen Verlegers Sudholt vom Druffel & Vowinckel-Verlag auf. Diese „Zeitgespräche" mit dem Titel „Wollte Adolf Hitler den Krieg" sind mittlerweile auf einer DVD erhältlich. Laut Verlagsankündigung"... sprechen drei renommierte Autoren unzensiert, hochqualifiziert und ohne Angst vor irgendwelchen Korrektheiten des Zeitgeistes über die Kriegsschuldfrage".

... Wir erwarten von Ihnen, dass der Rotary Club Buxtehude Generalmajor a. D. Schultze-Rhonhof kein Forum für seine abstrusen Sichtweisen gibt, und dass Sie ihn ausladen."

Der Präsident vom Rotary Club Buxtehude antwortete am 28.12.2006:

„Gerd Schultze-Rhonhof ist ein langjähriges und außerordentlich geachtetes Mitglied unseres Clubs. Ihre Anschuldigungen sind abstrus, ebenso wie Ihre im letzten Absatz geäußerte „Erwartenshaltung". ... Als Präsident des Clubs verwahre ich mich im Namen aller Mitglieder gegen Ihre Unterstellungen und fordere Sie auf, uns zukünftig mit Ihren Ausführungen zu verschonen."

Der Governor im Rotary Distrikt beruft sich in einem Schreiben vom 4. Januar 2007 an die VVN-BdA Stade auf die Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit der Clubs und stellt fest: „Ich kann derzeit nicht erkennen, dass der R.C. Buxtehude unser Regelwerk missachtet. Die von Ihnen erwähnte Veranstaltung des Clubs am 13. Februar ist ein interner, nicht öffentlicher Termin, der für Einflussnahme von außerhalb völlig ungeeignet ist."

Der Verleger Sudholt hat für den 25. März 2007 im Großraum Hamburg ein „Zeitgespräch" mit Schultze-Rhonhof und anderen Autoren angekündigt. Thema der geschlossenen Veranstaltung soll sein: „Wer wollte den zweiten Weltkrieg? Kriegsursachen 1939/41".

Michael Quelle, VVN-BdA Stade ■

Urteil zum Massaker von Marzabotto 1944

ROM. Zehn ehemalige SS-Angehörige sind am Samstag in Italien wegen ihrer Beteiligung an einem Massaker 1944 zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Wie die Nachrichtenagentur Ansa meldete, verhängte das Militärgericht im norditalienischen La Spezia die Haftstrafen gegen die Angeklagten im Alter von 81 bis 88 Jahren. Sieben Angeklagte wurden freigesprochen. Der Prozess wegen des Massakers von Marzabotto wird seit einem Jahr in Abwesenheit gegen 17 ehemalige SS-Angehörige vor dem Militärgericht in La Spezia geführt. Der Militärstaatsanwalt Marco di Paolis hat für 15 Angeklagte eine lebenslängliche Haftstrafe gefordert, in zwei Fällen hat er für Freispruch plädiert.

Die Männer waren an dem Massaker der 16. SS-Panzergrenadierdivision „Reichsführer SS" Ende September 1944 beteiligt, an dem 955 Menschen, überwiegend Frauen, Kinder und alte Menschen in Marzabotto nahe Bologna ermordet wurden. In Italien wurden 1944/45 über 10.000 Zivilisten durch NS-Truppen getötet, wobei die 16. Panzergrenadierdivision alleine für über 2000 Morde verantwortlich ist. Marzabotto steht in Italien als Synonym für diese NS-Verbrechen an der Zivilbevölkerung. Der Hauptverantwortliche für das Blutbad, Walter Reder, war bereits 1951 von einem Militärgericht in Bologna zu lebenslanger Haft verurteilt worden und 1985 wieder freigekommen.

Das Marzabotto-Verfahren ist das größte, aber nicht einzige Verfahren wegen NS-Verbrechen in Italien in den letzten Jahren. Zu zwei dieser Verfahren: Im Juni 2005 wurden zehn ehemalige SS-Soldaten der gleichen SS-Division wegen des Massakers von Sant'Anna di Stazzema zu lebenslanger Haft verurteilt. Im Falle des Massakers von Civitella wurde zudem die Bundesrepublik Deutschland als Gesamtschuldner zu einer Entschädigung von etwa einer Mio. Euro verurteilt.

Trotz der verschiedenen Prozesse in Italien mit Verurteilungen wurde in Deutschland bisher nicht in einem dieser Fälle Anklage wegen Massakern an der Zivilbevölkerung erhoben.

Obwohl der ehemalige Bundespräsident Johannes Rau im Jahr 2002 in Marzabotto „Trauer und Scham" bekundete und der ehemalige Innenminister Otto Schily 2004 in Sant'Anna von einem unverzeihlichen Verbrechen sprach, hat sich der Umgang mit NS-Verbrechen in Deutschland nicht geändert. Gegenüber den Opfern von NS-Massakern verweigert die Bundesregierung die zugesprochene Entschädigung, wie im Fall des Massakers in griechischen Distomo. Gegenüber den verurteilten Kriegsverbrechern betreiben die deutschen Staatsanwälte Ermittlungen ohne anzuklagen. Die Initiative zur Anklageerhebung im Fall von Sant'Anna spricht von „ermittelnden Täterschutz".

Vertreterinnen der Initiative beobachteten in La Spezia den Prozess.

weitere Informationen über santanna@gmx.net

Lars Reissmann ■

FN-Vizechef Bruno Gollnisch wegen Holocaust-Leugnung verurteilt

LYON. Die „Nummer Zwei" in der Parteihierarchie des französischen Front National (FN), Bruno Gollnisch, ist am Donnerstag, den 18. Januar 2007 wegen Holocaustleugnung in erster Instanz strafrechtlich verurteilt worden. Gollnisch, der aufgrund seiner Äußerungen zur Judenvernichtung vom Oktober 2004 bereits für die Dauer von fünf Jahren vom Hochschuldienst (als Juraprofessor an der Universität Lyon-III) suspendiert worden ist, erhält drei Monate Haft, die zur Bewährung ausgesetzt werden. Ferner muss er eine Geldstrafe von 5.000 Euro zahlen. Hinzu kommen Schadensersatzzahlungen in Höhe von 55.000 Euro, die er an die neun Nebenkläger (Menschenrechts-, antirassistische und jüdische Gruppen) abführen muss.

Am 11. Oktober 2004 hatte Bruno Gollnisch am Parteisitz des FN in Lyon, wo er u.a. Regionalparlamentarier und Bezirksvorsitzender des rechtsextremen FN ist, bei einer Pressekonferenz erklärt, er stelle nicht in Frage, dass Millionen Menschen in den NS-Vernichtungslagern gestorben seien. Aber er fügte hinzu: „Was die Art und Weise betrifft, wie die Leute gestorben sind, muss die Debatte stattfinden (können)". Ob es Gaskammern zum Zwecke der Vernichtung von Menschenleben gegeben habe oder nicht, vermöge er nicht zu beantworten, denn er sei „kein Spezialist für diese Frage". Und: „Ich denke, man muss die Historiker darüber diskutieren lassen. Und diese Diskussion sollte frei stattfinden." Die gewählte Formulierung lässt eindeutig die Interpretationsmöglichkeit offen, dass die „Millionen Tote" beispielsweise an einer Epidemie gestorben seien, und dass die Gaskammern in Wirklichkeit dazu gedient hätten, Flöhe (als Überträger der Typhuskrankheit) zu töten. Letzteres behauptete der Negationist (französische Bezeichnung für Auschwitzleugner) Jean Plantin in einer Abschlussarbeit für die Universität Lyon-III im Jahr 1999, die ihm jedoch inzwischen aberkannt worden ist. Schon wieder die Hochschule Lyon-III... Diese bildete noch in jüngerer Vergangenheit einen Hort für Rechtsextremisten und Holocaustleugner. Inzwischen versucht die Verwaltung jedoch, diesen Eindruck zu korrigieren, unter anderem indem sie Gollnisch im Frühjahr 2005 für fünf Jahre vom Dienst entband, bei Kürzung seines Professorengehalts um die Hälfte.

Der Prozess gegen Bruno Gollnisch hatte am 7. und 8. November 2006 stattgefunden. Aus taktischen Gründen hatte Gollnisch damals die Realität des Holocaust – äußerst widerstrebend – anerkannt, da nämlich der Anwalt der bis dahin als Nebenklägerin auftretenden Uni-

on der jüdischen Studenten in Frankreich (UEJF) ihm diesen Deal angeboten hatte: Öffentliche Anerkennung der historischen Realität der Judenvernichtung gegen seinen Rückzug als Nebenkläger. Gollnisch antwortete darauf mit einigen verbalen Windungen: „Meine Antwort ist positiv, Herr Vorsitzender..." Die Staatsanwaltschaft hatte daraufhin die Verhängung einer Geldstrafe in Höhe von 10.000 Euro gegen Gollnisch gefordert.

Das jetzt vom Gericht verkündete Strafmaß liegt jedoch deutlich darüber. Gollnisch muss ferner das Urteil auf eigene Kosten in sämtlichen Zeitungen veröffentlichen, deren JournalistInnen damals bei seiner Pressekonferenz vom Oktober 2004 anwesend waren.

In einem am Donnerstag Nachmittag auf der Mailingliste des FN verbreiteten Kommuniqué nimmt Bruno Gollnisch zu dem am selben Tag verhängten Urteil Stellung. Darin geißelt er unter anderem die „Gedankenpolizei", die da inquisitorisch zugeschlagen habe und „die Meinungsfreiheit unterdrückt".

Bruno Gollnisch ist auch Vorsitzender der 20-köpfigen neuen Fraktion im Europaparlament, die am (Montag, den) 15. Januar 07 unter dem Titel „Identität, Tradition, Souveränität" gegründet worden ist. (Siehe Bericht Seite 1 in dieser Ausgabe der AN) *BhS, Paris* ■

Motorsäge gegen Nazis

GRÄFENBERG. Etwa 60 Nazis marschierten am Mittwoch, den 3.10.2006 in Gräfenberg in Mittelfranken auf. Gräfenberg wird zum Daueraufmarschgebiet der Nazis in Franken, allerdings lässt der Haufen in seinem Durchhaltevermögen mittlerweile offensichtlich nach. Mit mehr als 150 Rechten rechnete die Szene, gekommen sind die erwähnten 60 rechten Hetzer. Im Dezember zogen Nazis erneut durch Gräfenberg. Zumindest versuchten sie es. Doch auch diesmal stellten sich Antifaschisten dem Aufzug in den Weg, so dass die Nazis unverrichteter Dinge den Ort verlassen mussten.

Mit Fackeln liefen die Nazis an jenem Mittwochabend durch den Ort. Dabei war das übliche Bild zu beschreiben: Am Bahnhof postierte sich ein großes Polizeiaufgebot und im Ort waren NazigegnerInnen damit beschäftigt, Nazis unterschiedlichen Widerstand entgegen zu setzen. Die Strategie der Rechtsextremen, den Termin kurzfristig anzuberaumen und kaum öffentlich weiterzugeben, um antifaschistischen Widerstand zu verhindern, ging nicht auf. Rund 120, vorwiegend ortsansässige GegnerInnen der Rechten, haben wieder mal verhindert, dass Naziparolen reibungslos verbreitet werden konnten. Am Ort der Kundgebung begannen nämlich just in dem Augenblick, in dem die Nazis ihre Losungen verbal verbreiten wollten, drei Anwohner damit, mit Motorsägen ihr Brennholz klein zu sägen. Ordentlicher Lärm verhinderte, dass auch nur ein Wort der Kundgebungsrede verstanden werden konnte. Die Polizei schritt zunächst nicht ein. Nachdem die Beamten nach etwa 10 Minuten dazwischengetreten und die Holzsägearbeiten beendet hatten, begann in einer verschlossenen Scheune, einen Steinwurf vom Ort des Aufmarsches entfernt, ein Bürger damit, Holz mit einer Kreissäge, die von einem Traktor angetrieben wurde, zu zersägen. Die Polizei war sichtbar hilflos, weil die Scheune versperrt war und ein Erstürmen des Gebäudes erheblichen Aufwand verursacht hätte. Die Nazis haben dumm aus der Wäsche geschaut, weil sie ihr eigenes Wort nicht mehr verstanden.

Bleibt noch nachzutragen, dass Ortsansässige bereits vor dem Naziaufmarsch eine Leinwand im Hintergrund des Redners der Rechten postierten. Während der Redeversuche des Nazihetzers wurden auf die Leinwand Bilder von Naziopfern projiziert. Vor der Leinwand plapperte der Naziredner kaum verständlich davon, dass man wieder nach Gräfenberg kommen werde und irgendwann in der Stadt den Einfluss habe, um den Bürgermeister zur Rechenschaft zu ziehen. Der Bürgermeister von Gräfenberg gerät mehr und mehr ins Visier der Rechten. Selbst von Drohungen gegen ihn wird mittlerweile berichtet.

nah, Quelle: indymedia ■

„Freiwillige Ausreise" ist Unwort des Jahres

Köthen. Mit „Freiwillige Ausreise" ist zum wiederholten Mal ein Begriff zum Unwort des Jahres gewählt worden, der sich mit dem Leben von Ausländern in der Bundesrepublik befasst. Die Freiwilligkeit einer solchen Ausreise von Asylbewerbern aus der Bundesrepublik könne in vielen Fällen bezweifelt werden, begründete die Jury am Freitag im historischen Sitzungssaal des Rathauses von Köthen in Sachsen-Anhalt ihre überraschende Wahl zum Unwort 2006.

Mit „Freiwillige Ausreise" kritisierte die Unwort-Jury zum wiederholten Mal einen Begriff, der sich mit dem Leben von Ausländern in der Bundesrepublik beschäftigt. „Ausländerfrei" hieß das erste Unwort, das 1991 gekürt wurde. Mit „Überfremdung" kritisierten die Experten 1993 das Scheinargument gegen den Zuzug von Ausländern. Und mit „national befreite Zone" wurde 2000 die zynische heroisierende Umschreibung einer Region gerügt, die von Rechtsextremisten terrorisiert wird.

Unwörter des Jahres waren bisher unter anderem auch „Gotteskrieger", „Humankapital", „Ich-AG" oder „sozialverträgliches Frühableben". Im vergangenen Jahr hatte der Begriff „Entlassungsproduktivität" das Rennen gemacht.

Das Unwort des Jahres wird seit 1991 gekürt und normalerweise in Frankfurt am Main verkündet. Köthen wurde in diesem Jahr wegen des 390. Geburtsjahres der so genannten Fruchtbringenden Gesellschaft als Veranstaltungsort ausgewählt, die einst gegen die Verunstaltung der deutschen Sprache kämpfte. Erstes Oberhaupt dieser literarischen Gruppe der Barockzeit war Fürst Ludwig von Anhalt-Köthen.

Aus Anlass des Jahrestages gründete sich in der anhaltischen Stadt eine „Neue Fruchtbringende Gesellschaft zu Köthen/Anhalt - Vereinigung zur Pflege der deutschen Sprache". „Köthen will sich damit zum Zentrum der deutschen Sprache entwickeln", verkündete Oberbürgermeister Kurt-Jürgen Zander das ehrgeizige Ziel des Gremiums, zu dem sich Bürger und Vertreter mehrerer Sprachpflegevereine aus ganz Deutschland zusammengeschlossen haben. Unter anderem solle ein Haus für die deutsche Sprache entstehen.

antifa-info@linkspartei-sachsen.de ■

Die verschiedenen Gedenkrituale anlässlich der Bombardierung Dresdens vom 13. / 14. Februar 1945 durch alliierte Streitkräfte haben sich mit dem 60. Jahrestag endgültig zu einer Bezugsgröße im erinnerungspolitischen Diskurs entwickelt. Auch im Jahr 2007 wird wieder der jährliche Nazi-„Trauermarsch" stattfinden. Ihren bisherigen Höhepunkt erlebte die seit 9 Jahren stattfindende Demonstration im Jahr 2005 mit über 6000 Nazis und ist damit der bisher größte Aufmarsch in der Bundesrepublik. Gelang es im Jahr 2006 mittels einer Blockade den Naziaufmarsch zumindest zu einer Abkürzung der Route zu zwingen, so ist unser Ziel 2007 klar: die Nazis sollen keinen Meter gehen.

venceremos.antifa.net

Lichter aus in Ludwigsburg

Die Deutsche Presseagentur dpa veröffentlichte am 27. Dezember 2006 eine Meldung mit dem Titel „Recherchen über NS-Täter fast abgeschlossen – Die Zentrale Stelle steht vor dem Abschluss ihrer Tätigkeit". Wir veröffentlichen sie im Wortlaut – mit Kommentaren in Klammern.

„Wir werden in absehbarer Zeit unsere Arbeit beenden", sagte der Leiter der Fahndungsstelle Oberstaatsanwalt Kurt Schrimm, in Ludwigsburg. (Gemeint ist: Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Verbrechen, gegründet 1958 von den Justizministern der Länder der BRD) Es sei die weltweit größte Fahndungsstelle. (Zum Vergleich: Die Stelle hat nur rund 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auf 3.400 Planstellen ist die Behörde für die Stasihinterlassenschaften angewachsen. Schon 1998 verlangte die VVN-BdA erfolglos, von dieser Behörde Mittel und Personal abzuzweigen, z.B. um den gesetzlich vorgeschriebenen Entzug von Kriegsopferrenten für ausländische SS-Angehörige vorzunehmen.)

2006 habe man die Recherchen im militärhistorischen Archiv in Prag abgeschlossen, sagte Schrimm. „Wir waren Anfang des Jahres in Prag, ohne etwas zu finden, was uns veranlassen könnte, dort weiter zu ermitteln." Bei dem gesichteten Material handelte es sich überwiegend um Unterlagen der Waffen-SS, die wegen der Bombardierung Berlins 1943 ausgelagert worden waren. (Weil das Waffen-SS-Archiv ausgelagert wurde und die Zentralstelle „dort nicht ermittelt", brauchen sich auch so manche Leute nicht ihrer Waffen-SS-Zeit zu erinnern?)

In der Ukraine sei die Sichtung der Aktenbestände abgeschlossen. Die Unterlagen würden derzeit von Spezialisten in Ludwigsburg übersetzt. Erst begonnen habe man mit der Sichtung dagegen in Weißrussland und in Russland. Es handele sich dabei um mehr als 100 000 Seiten etwa aus dem deutschen Reichssicherheitshauptamt, von Waffen-SS und Polizei sowie aus Konzentrations- und Kriegsgefangenenlagern. „Alle uns interessierenden Unterlagen der Russen sind aber auch von den Amerikanern gesichtet und mikroverfilmt worden." Die Akten in Italien habe man bereits 2005 abgehakt.

(„Abgehakt", das geschah sogar mit Akten zu Massakern, die gegenwärtig in Italien in Prozessen gegen deutsche Wehrmachts- und SS-Verbrecher gesühnt werden sollen, während die deutsche Justiz untätig bleibt. ARD-Kontraste am 15. Januar 2004: Unbearbeitet wurden in mindestens 25 Fällen gesetzwidrig – weil die Nichtverjährbarkeit von Mord unbeachtet blieb – die Akten der Zentralstelle wegen „Fristablauf" ans Bundesarchiv übergeben. Noch immer warten wir auf Antwort zum Fall 508 AR 1110/02, d.h. zur Anzeige der VVN-BdA gegen rund 200 Kriegsverbrecher aus der Wehrmachts-Gebirgstruppe.)

Im kommenden Jahr befassen sich zwei Übersetzer der Zentralstelle im Washingtoner Holocaust Memorial Museum mit 100 000 Seiten Akten des sowjetischen Geheimdienstes KGB, hauptsächlich aus Prozessen. „Wir haben schon ein Problem, dies mengenmäßig zu bewältigen", sagte Schrimm. Die Akten seien jedoch zweitrangig, da KGB-Unterlagen in einem deutschen Gericht nicht als Beweis eingeführt werden könnten. (Unterlagen aus der Sowjetunion können bekanntlich nicht berücksichtigt werden – weil sie nicht „rechtsstaatlich", sondern „stalinistisch" zustande kamen.) *Ulrich Sander* ■

„nation24" nicht rechtsextrem?

NRW-Verfassungsschutz unterliegt vor Gericht gegen Herausgeber Manfred Rouhs – Revision angekündigt

KÖLN. „Pro Köln" darf nach einem Urteil des Verwaltungsgerichts Düsseldorf vom 21. Oktober 2005 als rechtsextremistisch bezeichnet werden (Az.: 1 K 3189/03) – nicht aber die Zeitschrift „nation24.de", die von Manfred Rouhs, früher NPD-, „Republikaner"- und Deutsche Liga für Volk und HeimatFunktionär, heute Schatzmeister der Gruppierung „Pro Köln" und deren Fraktionsgeschäftsführer im Kölner Rat herausgegeben wird. Das entschied jetzt das Verwaltungsgericht Düsseldorf auf Grundlage der mündlichen Verhandlung, die bereits am 21. November 2006 stattgefunden hatte.

Laut Urteil, das jetzt den Beteiligten zugestellt wurde und dass die Ratsfraktion von „Pro Köln" sofort als großen Erfolg auf ihrer Website kommentierte, dürfen die NRW-Verfassungsschutzberichte der Jahre 2003 und 2004 nur noch verbreitet werden, wenn entsprechende Stellen zu „nation24" geschwärzt werden. Im nächsten Bericht muss außerdem eine Richtigstellung erfolgen. (Az.: 22 K 3124/04) Das Innenministerium kündigte an, beim Oberverwaltungsgericht Münster eine Zulassung zur Berufung zu beantragen. „Durch die Entscheidung wird unsere Öffentlichkeitsarbeit erheblich beeinträchtigt", wird Verfassungsschutzpräsident Hartwig Möller in der taz vom 10. Januar 2007 zitiert.

Rouhs, vertreten durch RA Beisicht u.a., hatte geltend gemacht, die Erwähnung von „nation24" im Verfassungsschutzbericht verletze ihn als Verleger in seinen Grundrechten, in seiner Pressefreiheit, seiner Meinungsfreiheit, seiner Berufsfreiheit und seinem Persönlichkeitsrecht. „nation24" sei ein neues Zeitschriftenprojekt, dass mit der vorher herausgegebenen Zeitschrift „Signal" nichts zu tun habe. Den weiter gehenden Antrag ans Gericht, festzustellen, dass das Innenministerium nicht befugt sei, in Verfassungsschutzberichten über „nation24" zu berichten, solange es nicht eine rechtsextremistische Zielsetzung der Zeitschrift nachweise, zog Rouhs allerdings in der mündlichen Verhandlung zurück.

Das Land NRW hatte in seiner Klageerwiderung die Auffassung vertreten und begründet, die Zeitschrift „nation24" stelle sich, wie schon seine Vorgänger „Europa Vorn" und „Signal" als Strategie- und Ideologieorgan der Neuen Rechten dar und biete als solches ein Forum für Diskussionen im rechtsextremistischen Lager.

Ob das so wäre, sei mal dahingestellt, meinte das Gericht und bezieht sich in seiner Urteilsbegründung im Wesentlichen nur auf den Punkt, ob „tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht (bestehen), dass es sich bei der Herausgabe der Zeitschrift nation24.de um eine Bestrebung handelt, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet ist." Die vom Verfassungsschutz angeführten diversen inhaltlichen Belege für rechtxextreme Tendenzen des Blattes bewertete das Gericht als Meinungsäußerungen, die nicht „mit hinreichender Deutlichkeit ein(en) Aufruf des Autors zur Beseitigung der demokratischen Ordnung und etwa zur Errichtung einer Diktatur" darstellten.

Nahezu wohlwollend wird ausgeführt: „Eine ‚Politik der nationalen Erneuerung' kann auch auf der Grundlage der bestehenden verfassungsmäßigen Ordnung betrieben werden und ‚eine breite Volksbewegung gegen den Multi-Kulturalismus' kann in demokratischen Formen entstehen." „Die Forderungen nach einer ‚Normalisierung des Verhältnisses der Deutschen zu ihrer Vergangenheit', einem ‚konstruktiven Umgang mit dem eigenen Land', einem ‚gesunden Patriotismus' und einem ‚neuen nationalen Bewusstsein' sind so allgemein gehalten, dass sie nicht notwendig als Verharmlosung des NS-Regimes ... verstanden werden müssen."

Na dann ist ja alles in Ordnung. *u.b.* ■

Werbung mit Hakenkreuz geduldet ...

MÜNCHEN. Nach einem halben Jahr stehen die Ermittlungen gegen die Firma „Military Air Systems" der EADS wegen Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen vor dem Aus. Oberstaatsanwalt Herrle von der Staatsanwaltschaft Ingolstadt erklärte gegenüber den Münchner Lokalberichten, die Ermittlungen würden voraussichtlich im Laufe des Januars eingestellt. Der für eine Verurteilung nach §86a StGB notwendige Vorsatz sei nicht gegeben.

Zur Erinnerung: Die Nachfolgefirma der Messerschmitt AG des NS-Wehrwirtschaftsführers Wilhelm Messerschmitt hatte auf ihrem Familientag am 8.7.2006 in Manching zu Werbezwecken etwa 15.000 kostenlose Hausaufgabenhefte verteilt, in denen u.a. NS-Kampfflugzeuge mit Hakenkreuzinsignien abgebildet waren (s. Bild). In dem Hausaufgabenheft, dessen Deckblatt laut SZ vom 22.7.06 „eine lustige Kinderzeichnung" ziert, finden die Schüler unter dem Datum des 9. November eine „Messerschmitt 109", mit deutlich sichtbarem Hakenkreuz am Heck. Von diesem Jagdflugzeug wurden von 1934 bis 1945 über 33.000 Stück produziert. Im Spanischen Bürgerkrieg sicherte die Me 109 den Faschisten die Lufthoheit und ermöglichte die Bombenangriffe der Legion Condor. Ein der Messerschmitt-Stiftung gehörendes Exemplar des NS-Jagdflugzeuges war auch an der Flugshow in Manching beteiligt, zu der in diesem Jahr über 80.000 Besucher kamen. Eine laut SZ von Mitarbeitern nachträglich geforderte Rückrufaktion wurde von der Geschäftsleitung verweigert.

Die beabsichtigte Einstellung der Ermittlungen ist unter zwei Gesichtspunkten bemerkenswert. Zum einen lohnt ein Vergleich mit der Verurteilung des Geschäftsführer des Punkversandhandels „Nix Gut" durch das Stuttgarter Landgericht. Der Vertrieb von Anti-Nazi-Symbolen mit durchgestrichenen oder zerschlagenen Hakenkreuzen wurde vom Gericht inkriminiert, unabhängig von der Absicht des Beschuldigten. Der Gesetzgeber wolle „die grundsätzliche Tabuisierung" des Hakenkreuzes, da sonst durch „massives und ständiges" Verwenden ein Gewöhnungseffekt entstehen würde, den sich auch die Neonazis wieder zunutze machen könnten (taz, 30.9.2006). In Anbetracht solcher Bedenken kann man im Fall der Military Air Systems kaum von einer geringen Schuld reden, wie dies der Leiter der politischen Abteilung der Münchner Staatsanwaltschaft August Stern gegenüber der SZ tat. Immerhin wurden die Bilder von Jagdflugzeugen mit Hakenkreuz an 15.000 Schüler verteilt, die diese in langweiligen Schulstunden nun ausmalen können.

Bemerkenswert an der voraussichtlichen Einstellung der Ermittlungen ist auch die Begründung. Das vermeintliche Fehlen eines Vorsatzes stützt sich auf entsprechende Aussagen seitens der Geschäftsleitung. („Da ist uns einfach ein Fehler unterlaufen ... Bei uns gibt es keine braunen Flecken", so Unternehmenssprecher Benin gegenüber der SZ.) Es stellt sich jedoch die Frage, inwieweit solche Aussagen relevant sind. Werden doch die Messerschmitt AG und ihre Nachfolger aufgrund ihrer außerordentlichen Nähe zum NS-Regime immer wieder in der Öffentlichkeit kritisiert.

Zuletzt hatte die Grüne Stadtratsfraktion & Rosa Liste in einer Presseerklärung im Zusammenhang mit der Ehrung Willy Messerschmitts im neuen U-Bahnhof Garching darauf hingewiesen, dass zur Produktion der Messerschmitt-Flugzeuge über 3500 KZ-Häftlinge eingesetzt wurden. Für die „Initiative und Einsatzfreudigkeit" des Dachauer KZ-Kommandanten hat sich Messerschmitt daher auch besonders bedankt.

Die Auseinandersetzung mit ihrer Geschichte wird von der Geschäftsleitung der Military Air Systems allerdings weitgehend verweigert. Kritiklos präsentiert sie Flugzeugfans und Militaristen NS-Jäger im Flugeinsatz. Indem die Geschäftsleitung solche Art von „Traditionspflege" ohne begleitende Aufklärung betreibt, nimmt sie billigend in Kauf, dass die braunen Flecken ihrer Vergangenheit unkontrolliert an die Oberfläche dringen. Die beabsichtigte Einstellung der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Ingolstadt lässt diesen Aspekt der Verantwortlichkeit der Geschäftsleitung außen vor. *fb* ■

Kritische Verwendung des Hakenkreuzes bestraft

David G. aus München wurde heute, am 10.01.2007, vom Amtsgericht Garmisch-Partenkirchen/ Oberbayern zu 60 Tagessätzen je 10 Euro verurteilt, weil er ca. 150 DinA 6-Flyer in seinem Rucksack „vorrätig" gehalten hatte, auf denen das Cover des Buches „Feindaufklärung und Reeducation. Kritische Theorie gegen Postnazismus und Islamismus" (erschienen im ca-ira-Verlag, Freiburg, 2006) abgebildet war, auf dem u.a. ein Hakenkreuz zu sehen ist.

Aus dem auf dem Flyer genannten Buchtitel ging klar hervor, dass sie sich ausdrücklich gegen Islamismus und Neofaschismus richteten. Die Flyer bewarben eine Lesung und Buchvorstellung mit dem Herausgeber des Buches, dem Wiener Politikwissenschaftler Stephan Grigat. Das Gericht sah darin einen Verstoß gegen § 86a StGB (Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen). Die Flyer waren am 27. Mai 2006 in Mittenwald während einer polizeilichen Personenkontrolle bei David G. sichergestellt worden.

Der Angeklagte wird Revision gegen das Urteil einlegen. Nächste Instanz wird das Oberlandesgericht München sein. Der Verurteilte bittet dringend um Spenden zu seiner Unterstützung auf folgendes Konto: Stichwort: „Prozesskosten Garmisch-Partenkirchen"; ISF e.V., Postbank Karlsruhe, Konto 2260 45-756, BLZ 660 100 75

Ein Interview mit dem Angeklagten findet sich unter http://www.freie-radios.net/portal/content.php?id=15201

Cafe Critique, cafe.critique@gmx.net ■

Führungskrise bei der Hamburger NPD

Nach einer turbulenten Landesvorstandssitzung trat am 4. Januar 2007 der gesamte Landesvorstand der Hamburger NPD zurück, die offizielle Homepage wurde vorübergehend abgeschaltet, eine „Ersatzhomepage" zeitweise eingerichtet, mindestens zwei Flügel stehen sich unversöhnlich gegenüber und drohen sich inzwischen mit juristischen Konsequenzen.

Eine Diskussion um die Zwistigkeiten hat inzwischen in diversen Neonaziforen eingesetzt. Offenbar gibt es schon seit längerem Zoff bei den Nationaldemokraten der Hansestadt, der jetzt an der Frage einer Kundgebung gegen einen Moscheebau in Bergedorf eskalierte. Die Hamburger Landesvorsitzende Anja Zysk, der unabhängige Naziführer Christian Worch, die Bremer sowie Teile der niedersächsischen NPD wollen die Kundgebung unter dem rassistischen Motto „Kein Multi-Kulti in Bergedorf" durchführen. Veranstalter sind jedoch „Freie Nationalisten" (Worch) und nicht die NPD, weil erhebliche Teile, auch aus dem Landesvorstand, gegen die Kundgebung sind. Vordergründig lautet die Argumentation, man wolle es sich nicht mit dem politischen Islam verscherzen im gemeinsamen Kampf gegen Israel und die USA. Es deutet sich allerdings an, dass es sich vielmehr um einen banalen Machtkampf um die Vorherrschaft in der Hamburger NPD handelt, welche unter der Führung von Zysk im letzten Jahr deutlichen Zuwachs vor allem aus dem Spektrum der „Freien Nationalisten" erhalten hat. (Laut dem gut informierten Worch hat der Landesverband inzwischen 185 Mitglieder, das wäre ein Zuwachs von 32% im letzten Jahr.)

Schon länger planen ehemalige Kader aus der verbotenen Kameradschaft „Hamburger Sturm" (HS) bzw. dem neonazistischen „Aktionsbüro Norddeutschland" (AB Nord) in Zusammenarbeit mit dem schon 2004 in die NPD eingetretenen Thomas Wulff die Absetzung von Zysk und deren Ersetzung durch Jürgen Rieger. Zysk schreibt, dass schon Anfang 2006, als Rieger noch parteilos war, Anhänger von Wulff ihr dieses mitgeteilt hätten. Dass Rieger schon vor seinem Parteieintritt eine große Rolle spielte, zeigt seine Kandidatur für die Hamburger NPD auf Platz 1 zur Bürgerschaftswahl 2005.

Ende 2006, so Zysk, hätten mehrere Landesvorstandsmitglieder, darunter Thorsten de Vries (AB Nord und Ex-HS), mit „massiven Drohungen und einer beispiellosen Mobbingkampagne" sie an ihren „öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten" zu hindern versucht. Der vorbestrafte de Vries ist der Wortführer gegen Anja Zysk und ihre Fraktion. Schon Ende 2006 war er mitverantwortlich für massive Beschuldigungen gegen den Zysk-Gefolgsmann Martin Dembowsky, ehemaliger Kreisvorsitzender in Harburg und ehemaliger stellvertretender Vorsitzender der Hamburger NPD. Über das AB Nord wurde Dembowsky beschuldigt, der Freimaurersekte „Thelema Society" anzugehören, satanische und kabbalistische Riten zu praktizieren, und unter Androhung von Gewalt aufgefordert, die NPD zu verlassen. Dembowsky bestreitet die Vorwürfe und hat inzwischen „gegen alle involvierten Personen Strafantrag gestellt". Am 8. Januar 2007 erstattete Frau Zysk nun ebenfalls Strafanzeige gegen de Vries wegen Bedrohung, Beleidigung, übler Nachrede, Verleumdung sowie auch wegen Verwendung nationalsozialistischer Grußformeln und beantragte den Parteiausschluss.

nonpd
NPD-Verbot jetzt!

Die Bundesführung der NPD hielt sich, obwohl seit Wochen über die Vorgänge informiert, auffallend zurück, und obwohl der Bundesvize Peter Marx an der Landesvorstandsitzung am 4. Januar 2007 teilnahm. Marx plädierte für eine Geheimhaltung des Vorstandsrücktritts, Zysk veröffentlichte jedoch eine Erklärung und Abrechnung mit ihren innerparteilichen Gegnern auf der Hamburger Homepage der NPD. Daraufhin nahm der Internetbeauftragte des LV Lars Niemann, wohl mit stillschweigender Duldung der Bundes-NPD, die Seite für mehre Tage vom Netz Vorübergehend hatte deshalb der parteilose Christian Worch für die immer noch „geschäftsführende Landesvorsitzende" Zysk eine alternative Homepage eingerichtet, woraufhin die Rechtsabteilung der Bundes-NPD mit rechtlichen Schritten drohte.

Offiziell begründet der juristisch beschlagene Worch dieses mit dem Recht auf freie Information und Meinungsäußerung, er sicherte Zysk zu, sie auch juristisch zu unterstützen. Das Interesse ist aber sicher auch unmittelbar politischer Natur: Worch durfte seit der Ära Zysk auf NPD-Kundgebungen sprechen und auf der Hamburger Homepage schreiben. Unterstützung bekommen Zysk und Worch dabei von anderen NPD-Kritikern innerhalb der Partei, die schon seit längerem gegen die Bundesführung bzw. den niedersächsischen Landesvorsitzenden opponieren:

Schon am 8. November 2006 unterzeichneten die Landesvorsitzende Hamburg (alleine!), die Landes- und Kreisvorsitzenden der NPD Bremen sowie Teile der niedersächsischen NPD (Adolf Damman – Stade, Hans-Gerd Wiechmann – Lüneburg) die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft Nord (ARGE Nord) zur gegenseitigen Unterstützung und Bündelung der Kräfte. Damman, Wiechmann und Worch sind nun auch als Redner für die Kundgebung in Bergedorf am 10. Februar 2007 vorgesehen.

Am 11. Januar folgte ein offener Brief der geschäftsführenden Landesvorsitzenden Anja Zysk an den NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt. Hierin beklagt sie: 1. Dass die NPD-Bundesführung trotz besseren Wissens seit Wochen zu den Vorgängen in Hamburg schwieg. 2. Dass die Bundesführung und der am 4. Januar zurückgetretene ehemalige Hamburger Landesvorstand parteiinterne Zensur betreiben würden und dieser ebenso wie Jürgen Rieger „etwas zu verbergen" hätte. 3. Sie selbst, obwohl noch geschäftsführend im Amt, nicht zur Bundesvorstandssitzung am 13./14. Januar eingeladen worden wäre. 4. Dass de Vries und seine Anhänger jüngst unter Androhung von Gewalt versucht hätten, eine NPD-Veranstaltung zu sprengen, und dies auch weiterhin machen wollen, sofern Zysk nicht austrete.

Der vorerst letzte Akt kam nun vom NPD-Bundesvorstand am letzten Wochenende: Generalsekretär Peter Marx wurde ermächtigt, die Neuwahlen des Hamburger Landesvorstandes der NPD innerhalb der nächsten Wochen zu organisieren. Gegen Zysk wurde ein Parteiausschlussverfahren wegen der „Veröffentlichung vertraulicher Parteivorgänge", gegen de Vries wegen Störung des Parteifriedens eingeleitet. Zysk soll jedoch die Möglichkeit bekommen, sich zur Wahl für denLandesvorsitz zu stellen.

Versuch einer Bewertung

Da die Auseinandersetzungen in der Hamburger NPD eine gewaltige Dynamik haben und täglich Dutzende von neuen Beiträgen in den einschlägigen Nazi- Foren erscheinen, kann auch diese Einschätzung nur eine vorläufige sein. Das Hauen und Stechen innerhalb der Hamburger NPD verläuft quer zu früheren Fronten:

Die Wahl der jungen Anja Zysk zur Landesvorsitzenden Ende 2005 und die Abwahl der kameradschafts-kritischen Alt-Herren-Fraktion um Ullrich Harder ermöglichte erst den massiven Eintritt von „Freien Nationalisten". Eigentlich müssten sie froh über den Kurs von Zysk sein, der auch von parteiunabhängigen Neonazis vielfach gelobt wurde.

Es scheint vielmehr, dass einige langjährige Nazikader Zysk den Erfolg neiden und nun den Hamburger Landesver-

→

Vor dem Hintergrund des jüngsten Kampfes der Wohnungslosen:

Französische Rechte, Rechtsextreme, Wahlkämpfer und das „Recht auf eine Wohnung"

Geschätzte 100.000 Obdachlose gibt es in Frankreich. Offiziell wurden bei der Volkszählung (von 2001) rund 86.000 gezählt, hinzu kommen dürfte eine gewisse Dunkelziffer. Aber insgesamt verzeichnet das Land drei Millionen „schlecht Behauste" oder mal logés. Das sind Menschen, die in Wohnwagen und auf Campingplätzen leben (141.000), in möblierten Hotels – meist speziell für Immigranten – in überteuerten Zimmern ohne Komfort auf Dauer wohnen (583.000), bei Familienmitglieder oder Bekannten untergebracht sind (150.000) oder aber in hoffnungslos überbelegten oder keinen modernen Hygiene- und Sicherheitsstandards gehorchenden Wohnungen hausen. Letztere machen, mit über 68 Prozent, den größten Anteil an den „mal logés" aus.

Rund 300 von ihnen campieren seit dem 16. Dezember 2006 in Paris entlang des Canal de Saint-Martin, der Wasserstraße, die den Nordosten der Hauptstadt durchzieht. Im Vorwahlkampf um die französische Präsidentschaft haben sie damit erhebliche Aufmerksamkeit erregt, zwischen Weihnachten und Neujahr sowie in den ersten Januartagen sorgten sie für „das" Medienthema Nummer Eins in Frankreich. (Ausführlich dazu: http://www.labournet.de/internationales/fr/wohnungslos.html)

Präsident Jacques Chirac (in seiner Neujahrsansprache) und sein Premierminister Dominique de Villepin haben die wichtigste Forderung aus der Erklärung verbal aufgegriffen: Das „Recht auf eine Wohnung", das seit der Verfassung der Vierten Republik von 1946 – damals regierte eine antifaschistische Koalition unter Einschluss der Kommunisten – in Frankreich Verfassungsrang hat, soll endlich zum „einklagbaren Recht" werden. Das bedeutet, dass das Recht auf Wohnraum nicht mehr nur einen hehren Programmsatz bilden wird; sondern dass eine Person, die unter vernünftigen Bedingungen keine Wohnung finden kann, tatsächlich den Staat wegen mangelnder Vorsorge oder Wohnungsbaupolitik anklagen und zu Schadensersatz verurteilen lassen kann. Diese Forderung, die von sozialen Initiativen seit langen Jahren aufgestellt wird, findet nun plötzlich in breiten Kreisen Rückhalt.

Foto: Lutte Ouvrière

Das Kabinett von Dominique de Villepin hat am Mittwoch (17. Januar) bereits einen Gesetzentwurf zum Thema vorgelegt, der vorsieht, das mit juristischen Konsequenzen ausgestattete „Recht auf Wohnraum" bis im Jahr 2012 einzuführen. Also bis zum Ende der kommenden Legislaturperiode: Das nächste französische Staatsoberhaupt wird am 22. April und 6. Mai dieses Jahres gewählt, die nächste Nationalversammlung im Juni. Sowohl Chirac als auch de Villepin werden danach keinerlei politische Rolle mehr spielen, können also dann in Ruhe zugucken, wie ihre Nachfolger das soziale Versprechen mit den Imperativen bürgerlicher Politik vereinigen werden... Allerdings hat sich die momentane Regierung in ihrer Gesetzesinitiative bereits darauf festgelegt, dass das Recht auf Wohnraum nicht an einem bestimmten Wohnort, sondern nur auf den Ballungsraum bezogen gelten gemacht werden könne – und, so fügte Regierungschef de Villepin im Hinblick auf die Hauptstadt explizit hinzu, in Paris nur für die Großregion Ile-de-France. Dies schlösse eine Unterbringung in neu errichteten Fertighäusern am äußersten Rand des Ballungsraums (30 bis 40 Kilometer vom Pariser Zentrum entfernt), wie Sozial- und Wohnungsbauminister Jean-Louis Borloo sie im Frühsommer 2006 indirekt angeregt hat, mit ein. Von der Beschlagnahmung leerstehenden Wohnraums oder Bürofläche möchten die Regierenden nichts hören, obwohl Jacques Chirac dies in seinem auf sozialer Demagogie aufbauenden Präsidentschaftswahlkampf 1994/95 damals auch explizit angesprochen hatte.

weiter Seite 10

---

band übernehmen wollen, nachdem ihnen ihr Eintritt in die NPD bisher wenig persönlich gebracht hat.

Die Bundesführung der NPD will, so scheint es, den Streit im Wesentlichen aussitzen. Trotz der formellen Ausschlussbegehren hat sie sich inhaltlich bisher nicht positioniert. Zu offene Parteinahme für Rieger und Wulff würde zu sehr nach Nepotismus (Wulff ist auch persönlicher Referent des Bundesvorsitzenden Udo Voigt.) und direkter Gängelung einer unfolgsamen, aber demokratisch gewählten Landesvorsitzenden aussehen. Ihr intransparentes Verhalten und das Unterdrücken unliebsamer Beiträge stößt aber bei vielen NPD-Mitgliedern und noch mehr Parteilosen auf heftige Kritik.

Ebenfalls öffentlich zurückgehalten haben sich bisher die alten NPDler um Ullrich Harder, die jahrzehntelang den Hamburger Landesverband prägten. Sie waren immer um Seriosität bemüht und von Zysks kameradschafts-freundlicher Politik eher nicht begeistert, von dem Stil eines de Vries aber sind sie sicherlich entsetzt. Letztendliche Klärung wird erst der geplante Landesparteitag der NPD im Februar bringen.

Für AntifaschistInnen ist es natürlich erst mal erfreulich, wenn sich die Nazis gegenseitig bekämpfen, Informationen offen legen und sich sogar vor die Gerichte zerren. Die Reputation der Hamburger NPD hat durch die SA-Methoden der Freien Kameraden um de Vries erheblich gelitten.

Vor allem potentielle WählerInnen oder Mitglieder aus dem bürgerlichen Spektrum dürfte solche Hau-Drauf-Politik abschrecken. Entwarnung kann aber keinesfalls gegeben werden, die NPD wird in Hamburg die aktivste rechte Kraft bleiben und vor allem Politik auf der Straße betreiben. Zur Bürgerschaftswahl 2008 kandidiert, im „Deutschlandpakt" so vorgesehen, sowieso die DVU, darauf braucht man in der Hansestadt also nicht so viel Rücksicht zu nehmen. Sollten NPD-Mitglieder auf der DVU-Liste kandidieren, so werden es sicher keine Kameradschafter sein und wohl auch kein Jürgen Rieger.

Die Republikaner sind für niemanden eine Konkurrenz: Sie haben gerade ihren Aufbaubeauftragten Matthias Faust, welcher den seit 2005 nicht mehr existenten Landesverband reaktivieren sollte, an die NPD verloren.

Und die reaktionäre Partei „Heimat Hamburg" genießt wenig Vertrauen nach der Pleite der Schill-Partei. Ihrem Gründer Roger Kusch fehlt außerdem das Charisma eines „Richter Gnadenlos".

erk ■

Wie reagieren aber nun Rechte und extreme Rechte darauf?

Dem Chef des Front National, Jean-Marie Le Pen, fiel zum Thema „einklagbares Recht" auf Wohnraum zuerst dieses ein: Es handele sich um „eine sehr direkte Verletzung des Rechts auf Eigentum" (zitiert nach der Gratistageszeitung ‚Métro' vom 4. Januar 07). Sein Konkurrent um die rechtsextreme Wählerschaft, der Rechtskatholik Philippe de Villiers, tönte seinerseits in einem Kommuniqué vom 2. Januar, es handele sich bei diesem Recht um „eine Idee, die typischerweise zum antiquiertesten Sozialismus gehört". Die Wohnungsnot, so Philppe de Villiers, rühre „unter anderem von einer unkontrollierten Einwanderungspolitik" her. (Vgl. http:// www.pourla france.fr/communiques.php) Als Abhilfe propagierte de Villiers "eine Umorientierung sozialer Hilfen zugunsten bedürftiger Franzosen (statt Einwanderer)" und eine Politik des erleichterten Zugangs zu Eigentumswohnungen – Privateigentum soll bei ihm den Stützpfeiler des sozialen Wohnungswesens bilden.

Am 5. Januar 07 erklärte Marine Le Pen im Radiosender ‚France Inter', die Überlegungen im Regierungslager zu einem einklagbaren Recht auf Wohnraum seien „eine Anpassung (der Konservativen) an kollektivistische Positionen". Dies belege, "dass Chirac ein Mann der Linken" sei, wie man schon immer gewusst und gesagt habe. Als Lösungsansatz müsse der Zugang zum sozialen Wohnungsbau „für französische Staatsbürger reserviert werden", d.h. Immigranten müssen aus ihm ausgeschlossen werden. (Zur Zeit leben in Frankreich vier Millionen Menschen im sozialen Wohnungsbau, HLM.) Schuld an der Wohnungsnot seien ihr zufolge „die Mieterschutzgesetze". Denn „diese Gesetzgebung weist so viele Zwänge für die Eigentümer auf, dass sie ihre Wohnungen nicht mehr vermieten". Es ist ja bekannt, dass – jedenfalls aus der Sichtweise von Manchen – die Arbeitslosigkeit auch daraus resultiert, dass die Lohnabhängigen zu viel Kündigungsschutz haben...

Das rechte Monatsmagazin ‚Valeurs actuelles', dessen Leserschaft zu 66 Prozent konservativ und zu 25 Prozent rechts wählt (Erhebung von 2004), seinerseits möchte zwar nicht grundsätzlich die Wohnungsnot in Abrede stellen und bringt die „christliche Nächstenliebe" in Anschlag. Aber es wirft die aus seiner Sicht entscheidende Frage auf, ob ein einklagbares Recht auf Wohnraum ggf. nur für Inhaber eines französischen Ausweises gelten würde – oder auch für Immigranten: „Wird dieses Recht, das vor den Gerichten eingeklagt werden kann, allein für Franzosen reserviert bleiben – oder wird es in den Gemeinden von allen Personen, die sich legal oder illegal auf dem Staatsgebiet aufhalten, geltend gemacht werden können?" Aufgrund europäischer und internationaler Abkommen zum Schutz gegen Diskriminierungen, so suggeriert das Blatt, sei Letzteres zu befürchten.

Dies aber sei brandgefährlich, und in diesem Falle sei von der Einführung eines solchen Rechts abzuraten: „Grenzenlose Einwanderung und nicht abzuerkennendes Recht auf Wohnraum werden schnell zu einer unauflöslichen Gleichung werden." (VA vom 05. Januar 2007)

...und von wirtschaftsliberaler Seite

Aber auch im wirtschaftsliberalen Lager gibt es natürlich Opponenten gegen einen solchen „sozialistischen" Rechtsanspruch. Unter den Berufspolitikern macht freilich im Moment kaum einer in dieser Richtung offen den Mund auf. Explizit dagegen wettert hingegen der neoliberale Flügelmann in der Redaktion der Pariser Abendzeitung ‚Le Monde', der Kommentator Eric Le Boucher.

In der Ausgabe vom 7./8. Januar schreibt der wirtschaftsliberale Brechstangen-Agitator unter der Überschrift „Das einklagbare Recht auf Ernsthaftigkeit": „Bis zuletzt hat Jacques Chirac die 'Rechte auf' vervielfacht. Der Präsident der Hilfen, der Subventionen, der Kredite, der Vermeidung von Restrisiken, der Garantien, der Versicherungen und jetzt auch der ‚einklagbaren Rechte' hinterlässt die Spur eines gigantischen Geldschein-Verteilers. Und auch (die Spur) desjenigen, der die Staatsverschuldung von 58 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2002 auf 66,6 % am Ende seiner Amtszeit hat anwachsen lassen. (...) Frankreich verliert/ verzettelt sich darin, ‚Rechte auf...', ‚Vorteile' und ‚Hilfen' verteilen zu wollen. Es muss sich die Worte ‚Innovation', ‚Veränderung', ‚Öffnung' zu eigen machen. Kurz, das Land endlich in die schnelle Bewegung der Globalisierung einbringen/ versetzen."

Nicolas Sarkozy: „Recht auf Wohnraum" ja. Aber nicht für die (Mehrzahl der) Immigranten

Der zur Zeit formalrechtlich zweit- oder drittmächtigste Mann im Staate, der sich mit viel Getöse anschickt, zum mächtigsten aufzurücken, will bis 2012 das „einklagbare Recht auf Wohnraum" einführen. Aber es soll nicht für die meisten Einwanderer in Frankreich gelten

Nicolas Sarkozy ist ein Mann, der es seit Jahren eilig hat auf dem Weg "ganz nach oben". Am Sonntag, den 14. Januar 2007 hat ihn die konservative Einheitspartei UMP, mit 98,1 Prozent der abgegebenen Stimmen (das entspricht rund 69 Prozent ihrer formalen Mitgliedschaft), zum Präsidentschaftskandidaten des Bürgerblocks gekürt. Nicolas Sarkozy war der einzige Kandidat. Kritische Beobachter verglichen die Showveranstaltung, zu der 70.000 UMP-Mitglieder herangekarrt worden waren, abwechselnd mit einer "amerikanischen" Politshow im Stile der "Konvents" jenseits des Atlantik – und mit der Krönungszeremonie Napoléon des I. Nicolas Sarkozy bleibt zugleich als Innenminister im Amt.

Anlässlich einer Pressekonferenz am 11. Januar nahm Nicolas Sarkozy nun auch zu "dem" Thema der vergangenen 14 Tage in der französischen Innenpolitik Stellung: der Frage nach Einführung eines "einklagbaren Rechts auf Wohnraum". Damit hat Sarkozy sich nun also in die laufende Debatte eingeschaltet, noch bevor sein Erzrivale Dominique de Villepin den zuvor angekündigten Gesetzentwurf zum Thema im Kabinett vorlegen konnte.

Sarkozy schlug im Laufe seiner Pressekonferenz vor, das „einklagbare Recht auf Wohnraum" wie geplant bis 2012 (dem Ende der Legislaturperiode) einzuführen – – will aber den Kreis der Anspruchsberechtigten ganz offiziell einschränken. "Es versteht sich von selbst, dass die Sans papiers (Anm.: ‚illegal' in Frankreich sich aufhaltende Einwanderer) keinen Zugang (zu dieser gerichtlich einklagbaren Rechtsposition) haben sollen", tönte Sarkozy. Diese Position lässt sich zwar politisch verurteilen bzw. in sozialen Kämpfen ‚auflockern', steht aber zugleich (leider) vollkommen mit dem bürgerlichen Recht im Einklang und ist insofern keine Überraschung.

Doch Nicolas Sarkozy geht noch erheblich weiter. Originalton: „Ich wünsche auch nicht, dass alle legal in Frankreich lebenden Ausländer ein Anrecht darauf haben sollen."

Konkret schlug Nicolas Sarkozy vor, nur solchen Einwanderern in Frankreich eine Rechtsposition im Sinne des "einklagbaren Rechts auf eine Wohnung" zuzugestehen, die über eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis in Gestalt der so genannten „Zehn-Jahres-Karte" verfügen. Die „Zehn-Jahres-Karte" („carte de dix ans", auch "carte de résident" genannt) ist im Jahr 1984 eingeführt worden. Hat der Immigrant oder die Immigrantin einmal die „Zehn-Jahres-Karte", so hat er nach ihrem Ablauf ein Recht auf die Erneuerung diese Aufenthaltstitels, sofern keine gesetzlichen Verwirkungsgründe ausdrücklich dagegen stehen.

Auf diese „Zehn-Jahres-Karte" hatte bislang (d.h. vor dem Amtsantritt Sarkozys) ein Recht, wer mindestens drei Jahre lang legal, d.h. jeweils mit einjährigen Aufenthaltstiteln („carte de séjour d'un an") ausgestattet, auf französischem Boden gewohnt hatte und die rechtlichen Voraussetzungen dafür erfüllte. Zu den rechtlichen Grundbedingungen gehörte bis dahin, dass der oder die Betreffende über ein eigenes Einkommen verfügt. Aber, und jetzt kommt das dicke Aber: Seit der vorletzten Novellierung der Ausländergesetzgebung unter Innenminister Sarkozy, das im November 2003 vom französischen Parlament angenommen wurde (gefolgt von einer erneuten „Reform" im Juni 2006), wird die „Zehn-Jahres-Karte" für

die nähere Zukunft weitgehend abgeschafft.

Ein vom Minister selbst geschaffener Engpass

Seit der Sarkozy'schen Neufassung der Ausländergesetze von Ende 2003 wurde die Mindest-Aufenthaltsdauer, die für den Erhalt der „Zehn-Jahres-Karte" erforderlich ist, von drei auf fünf Jahre legalen Aufenthalts verlängert. Vor allem aber gibt es künftig keinerlei automatischen Rechtsanspruch mehr darauf. Nach Ablauf dieser fünf Jahre muss der oder die Betreffende individuell belegen, dass er oder sie den Kriterien der „republikanischen Integration" in die französische Staats- und Gesellschaftsordnung genügt. (Vgl. http:// www.labournet.de/internationales/fr/alg03.html)

Und in vielen Fällen wird, anhand dieser individuellen Überprüfung, eine erneute einjährige Aufenthaltserlaubnis statt der bisher üblichen „Zehn-Jahres-Karte" verliehen werden. Ein dagegen stehendes Recht auf einen unbefristeten Aufenthaltstitel gibt es nun nicht mehr. Und selbst für nach Frankreich nachgeholte Familienmitglieder von seit längerem „legal" im Lande lebenden Migranten gilt nunmehr diese eiserne Regel: Fünf Jahre legalen Aufenthalts plus individuelle „Integrationsprüfung". Darunter gibt es keinerlei Aussicht auf einen unbefristeten Aufenthaltstitel.

Weiteres Öl ins Feuer

Eine Stunde nach der Pressekonferenz Nicolas Sarkozys meldete sich der (im wahrsten Sinne des Wortes) „rechte Arm" des Ministers zu Wort. Der südfranzösische Abgeordnete Thierry Mariani, der Nicolas Sarkozy nahe steht, führte in einer Erklärung zum Thema aus: „Das (was Nicolas Sarkozy vorschlug) ist eine Maßnahme im Sinne des gesunden Menschenverstands. Wenn man keine Aufenthaltserlaubnis hat, oder wenn man nur einen einjährigen vorübergehenden Aufenthaltstitel hat, dann hat man nicht eine Sozialwohnung auf Kosten des Steuerzahlers zu genießen." (Zitiert nach ‚Le Monde' vom 13. Januar)

Nicht so viel unmittelbare Beachtung hat unterdessen ein weiter Vorstoß des Innenministers auf seiner Pressekonferenz vom 11. Januar gefunden. Er schlug vor, die medizinische Notfallhilfe von Staats wegen (AME, Aide médicale d'Etat) zu reformieren, „ohne die Reform endlos aufzuschieben". Die AME ist jener Notfallschutz, der auch „illegal" in Frankreich lebenden Personen — die aus diesem Grunde kein Recht auf die gesetzliche Krankenversicherung haben – den Zugang zu einer medizinische Minimalversorgung erlaubt. Die Kosten für diese Minimalversorgung übernimmt die Zentralregierung. Minister & Präsidentschaftskandidat Sarkozy tönt nun dazu, man müsse diesen Mechanismus „auf die wirklich bedürftigen Ausländer einschränken".

Als ob dies nicht bereits bisher der Fall gewesen wäre: Über die Gewährung des Zugangs zur AME, also über die Bedürftigkeit bzw. Dringlichkeit der Inanspruchnahme ärztlicher Versorgung, wird nach Aktenlage behördlich entschieden. Sarkozy posaunte ferner hinaus: „Man darf nicht nach Frankreich einwandern, um Nutznießer der sozialen Hilfen zu werden. Unser Land ist nicht dazu da, zum weltweiten Schalter für soziale Dienste zu werden!"

Bernhard Schmid (Paris) ■

EUCOM schließen:

Atomwaffengegner vor dem Amtsgericht Stuttgart

Am 9. Januar 2007 mussten sich die drei Atomwaffengegner und Aktiven der gewaltfreien Aktion Atomwaffen Abschaffen Hanna Jaskolski, Johannes Mader und Martin Otto vor dem Amtsgericht Stuttgart verantworten. Den drei Friedensaktivisten wird vorgeworfen, sich bei der einer Go-In-Aktion im European Command (EUCOM) der US-Armee am Nagasaki-Gedenktag, dem 9. August 2005 der Sachbeschädigung und des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht zu haben. Die Aktivisten hatten den Zaun des EUCOM an einer Stelle geöffnet und dahinter ein paar Quadratmeter des EUCOM-Geländes eingezäunt. Dieses kleine Stück des EUCOM wurde der US-Army zum Preis von einem Euro abgekauft.

Damit wollten die drei daran erinnern, wie die US-Regierung einst eine riesige Fläche Land den Western-ShoshoneIndianern in Nevada abgekauft hatte, um das Gebiet anschließend mit Atomtests zu zerbomben. Nach der Weigerung der IndianerInnen, ihr Land zu verkaufen, wurde kurzerhand ein Geldbetrag auf das Konto des „Bureau für indianische Angelegenheiten" überwiesen, und die US-Regierung erklärte sich damit zum Eigentümer dieses Landes.

Anschließend hatten sie im EUCOM Transparente und Schilder aufgehängt, auf denen die Schließung dieser Atomwaffen-Einsatzzentrale gefordert wurde, das EUCOM durchquert, waren zum Haupteingang wieder hinausgegangen und hatten sich abschließend vor dem Gelände bei der Polizei selbst angezeigt. In einem Schreiben an die Verantwortlichen des EUCOM erklärten sie weiter: „Unsere Aktion soll gleichzeitig symbolisch und konkret sein. Im EUCOM werden Kriegseinsätze gesteuert, möglicherweise in der Zukunft auch Atomwaffeneinsätze. Wir wollen die vom EUCOM ausgehende Gefahr symbolisch verringern, indem wir das EUCOM-Gelände konkret verkleinern. Wir sehen die Aktion als einen Schritt, auf dem Weg hin zu politischen und juristischen Entscheidungen, die irgendwann für die konkrete Schließung des EUCOM sorgen werden. Um solche Entscheidungen zu erreichen, ist politischer Druck notwendig. Unsere Aktion ist ein Beitrag dazu."

Wegen vergleichbarer Aktionen am EUCOM in Stuttgart und am Atomwaffenlager Büchel sind bisher mehrere Dutzend Aktivisten rechtskräftig verurteilt worden, einige davon mehrmals. Bisher 21 mal haben Verurteilte ihre Geldstrafen ersatzweise im Gefängnis verbüßt.

Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen Haußmannstr. 6, 70188 Stuttgart ■

Die „Stuttgarter Zeitung" vom 10. Januar zum Ausgang des Prozesses: „Alle gut vorbereiteten Reden halfen den Friedensaktivisten nichts: die Richterin machte sich nicht einmal die Mühe, etwas zu notieren. Deshalb blieb es beim Antrag der Staatsanwaltschaft, der jedoch die Tagessatzhöhe der beiden Männer auf 5 Euro reduzierte. Sie müssen insgesamt 100 Euro zahlen, die Frau, deren Ehemann pensionierter Studiendirektor ist, 600 Euro."

Spendenaufruf:
2000 Euro für die Antifaschistischen Nachrichten!
Fast ist das Ziel erreicht. Bis zum 22. Januar 2007 waren es 1736,10 Euro
Vielen Dank allen Spenderinnen und Spendern!

Spendenkonto: GNN-Verlag
Postbank Köln, BLZ 370 100 50 Kto. 10419507
Stichwort: Spende Antifa-Nachrichten

Sammelrückführungen auf dem Luftweg

BERLIN. Im ersten Halbjahr 2007 sollen erneut zwei Sammelrückführungen auf dem Luftweg unter deutscher Federführung geplant und durchgeführt werden. Dies ergibt sich aus einer Pressemitteilung des Bundesinnenministeriums vom 1. Dezember 2006 „Europäische Staaten gemeinsam gegen illegale Migration".

Anlass war die kurz zuvor am 30. November 2006 von der Bundespolizei durchgeführte Sammelrückführung von Düsseldorf nach Togo und Kamerun. Es handelt sich um ein von der EU gefördertes Projekt, an dem Spanien, Frankreich, Polen, Luxemburg und die Schweiz direkt beteiligt waren. Italien, Polen, die Tschechische Republik und die europäische Grenzschutzagentur Frontex entsandten Beobachter. Mit großem Personaleinsatz wurden insgesamt 35 Personen bereits auf diese Weise abgeschoben. *bee* ■

Ein Dokument deutscher Verantwortungslosigkeit

BERLIN. Als Dokument deutscher Verantwortungslosigkeit bezeichnet PRO ASYL die jetzt veröffentlichte Asylstatistik für das Jahr 2006. Die Statistik belegt, dass Deutschland seinen Verpflichtungen im internationalen Flüchtlingsschutz in keiner Weise mehr nachkommt. Als Zufluchtsland für Flüchtlinge scheidet Deutschland weitgehend aus.

Gerade noch 21.029 Menschen haben in Deutschland im letzten Jahr Asyl beantragen können. Die Zahl der Asylneuantragstellungen ist im Vergleich zum Jahr 2005 um über 27 % zurückgegangen. Diese Zahlen, ein erneuter historischer Tiefstand, spiegeln noch nicht die ganze Realität wider. Denn jeder vierte Antrag wird von Amts wegen für ein neugeborenes Kind von Eltern gestellt, die ihrerseits Asyl in Deutschland beantragt haben. Die von Amts wegen als Asylantragsteller Geborenen haben naturgemäß eine Anerkennungschance von praktisch Null.

Auch bei den Anerkennungsquoten hielt Deutschland im Jahr des Heuchelns 2006 („Die Welt zu Gast bei Freunden") sein niedriges Niveau. Ganze 251 Personen erhielten den Asylstatus, 1.097 Personen den Flüchtlingsstatus nach der Genfer Flüchtlingskonvention. Bei weiteren 603 Personen wurden Abschiebungshindernisse festgestellt.

Das Asylverfahren und seine Ergebnisse sind politisch gesteuert. Die weisungsabhängigen Entscheider des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge werden bei bestimmten Personengruppen auf Ablehnung eingeschworen. Dies betraf zum Beispiel im letzten Jahr Flüchtlinge aus Sri Lanka, die trotz der Eskalation des Konfliktes und trotz massiver politischer Verfolgung durch die Konfliktparteien keine Chance hatten und deren Asylanträge fast ausnahmslos als „offensichtlich unbegründet" abgelehnt wurden.

Aus Sicht von PRO ASYL hat das Bundesamt für Migration den Auftrag abzuarbeiten, Flüchtlinge in vielen Fällen systematisch um ihr Recht zu bringen. Mittelfristig soll damit der Weg freigemacht werden für die künftig ins Auge gefasste, gesteuerte „zirkuläre Migration". Für diese wirbt Bundesinnenminister Schäuble im europäischen Rahmen, ohne allerdings bis jetzt hierfür eine deutsche Einwanderungsquote ins Gespräch zu bringen.

Durch die Abschottung der europäischen Außengrenzen bleiben viele Flüchtlinge ohne Chance, überhaupt einen Antrag auf dem Territorium eines EU-Staates zu stellen. Auch an Resettlementprogrammen (Programme zur Aufnahme von anerkannten Flüchtlingen) aus Drittstaaten und Flüchtlingslagern der Herkunftsregionen beteiligte sich Deutschland im Jahr 2006, von quantitativ unbedeutenden Ausnahmen abgesehen, nicht.

„Das internationale Flüchtlingsrecht lebt von der Bereitschaft auch der reichen Staaten, ihren Beitrag zur Lösung der Flüchtlingsprobleme in der Welt zu leisten. Gemessen an diesem Maßstab ist das, was Deutschland und die EU-Staaten betreiben, nichts anderes als Sabotage am Menschenrecht auf Asyl", so PRO ASYL-Referent Bernd Mesovic.

Presseerklärung –Pro Asyl, 9.1.2007
Quelle: presse@asyl.org - flucht mailing list flucht@nds-fluerat.org ■

Schäuble legt Programm zur EU-Ratspräsidentschaft vor: Obsessiver Abschottungskurs

BERLIN. Am 3. Januar 2007 hat Pro Asyl eine Presseerklärung dazu rausgegeben. Sie lautet: „Das von Innenminister Wolfgang Schäuble heute vorgelegte innenpolitische Arbeitsprogramm zur EU-Ratspräsidentschaft verfolgt nach Auffassung von PRO ASYL einen „obsessiven Abschottungskurs" und blendet Menschenrechte und Flüchtlingsschutz aus. „Mehr Grenzschutz, mehr Rückübernahmeabkommen und mehr gemeinsame Abschiebungen bilden die Schlüsselelemente auf Schäubles Agenda", so Karl Kopp, Europareferent von PRO ASYL.

Schäubles Programm knüpft nahtlos an eine europäische Abwehrpolitik an, die 2006 die bislang höchste Todesrate an den Außengrenzen zu verantworten hatte. Gebetsmühlenhaft wird die „illegale Einwanderung" als Bedrohungsszenario auf eine Stufe mit dem „internationalen Terrorismus" gestellt.

„Nur wenn die deutsche Ratspräsidentschaft aufhört, die Themen Asyl und Einwanderung mit repressiver Politik, Terrorismusbekämpfung und organisierter Kriminalität in schändlicher Weise zu vermengen, wird es möglich sein, eine ernsthafte und glaubwürdige Debatte über eine gemeinsame Einwanderungs- und Asylpolitik der Europäischen Union zu führen", so Kopp.

PM Pro Asyl, gez. Karl Kopp – Europareferent", Quelle: presse@asyl.org - flucht mailing list flueratnds. ■

Innen- und Justizminister der EU beendeten ihre Dresdner Konferenz

DRESDEN. Die EU will Killerspiele und Gewaltvideos verbieten und ihre Außengrenzen gegen Flüchtlinge noch stärker militärisch absichern. Darauf verständigten sich die Justiz- und Innenminister der 27 EU-Staaten auf ihrem am Dienstag zu Ende gegangenen Treffen in Dresden. Alle auf nationaler Ebene verbotenen Gewaltspiele sollen an eine zentrale EU-Stelle gemeldet und so eine schwarze Liste erstellt werden, teilte ein Sprecher nach Abschluß der Konferenz mit. „Bei labilen Personen besteht die Gefahr, dass sie virtuell erlebte Tötungserfahrungen auf die reale Welt übertragen", erklärte dazu der bayerische Innenminister Günther Beckstein (CSU), der sich als Vertreter der Bundesländer mit der Forderung nicht durchsetzen konnte, auch Spiele im Internet zu verbieten. Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) wies dies als technisch nicht machbar zurück.

Während mehrere Dutzend Mitglieder antirassistischer Gruppen vor dem streng bewachten Dresdner Kongresszentrum „Bleiberecht für alle und überall« forderten, diskutierte die Ministerrunde über die Abwehr angeblich im Sommer drohender »Flüchtlingsströme" an den Süd- und Ostgrenzen.

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) und EU-Justizkommissar Franco Frattini forderten von allen EU-Staaten bis Ende März konkrete Zusagen für die Aufrüstung der europäischen Grenzschutzagentur Frontex mit Hubschraubern, Schiffen und Personal. Gleichzeitig will die EU im Rahmen von Partnerschaftsabkommen einer begrenzten Anzahl von Personen einen zeitlich befristeten Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt ermöglichen. So hoffen die EU-Minister offenbar, die Zuwanderung gewünschter „Gastarbeiter" zu kanalisieren und gleichzeitig deren Herkunftsstaaten und Transitstaaten in die Bekämpfung der illegalen Einwanderung einzubinden. Frattini hielt Pilotprojekte mit afrikanischen Ländern wie Mali, Senegal oder Gambia für denkbar. →

Deportationen gegen Entwicklungshilfe?

Am Tag vor Heiligabend begannen die marokkanischen Behörden erneut, MigrantInnen aus Sub-Sahara-Afrika in die Wüste abzuschieben. Die Welle an Razzien dauert bis heute an. Dabei kommt es zu gewalttätigen Übergriffen und Vergewaltigungen durch die marokkanische Polizei, auch das marokkanische Militär wurde eingesetzt. Nach Angaben von Attac Marokko verlor eine schwangere Frau aus der Region der großen Seen nach einer Vergewaltigung ihr Baby. (1)

Am 23. und 25.12. 2006 fanden Razzien in den Armenvierteln Rabats und Nadors statt, bei denen Menschen nach ihrem Aussehen zusammengetrieben, in Busse gedrängt, mit diesen dann ins Grenzgebiet zu Algerien gebracht und nachts dort ausgesetzt wurden. Unter den Deportierten befanden sich Frauen, Kinder, Flüchtlinge und Menschen, denen vom UNHCR Asyl zugesichert wurde. Einigen von ihnen gelang es, zu Fuß in die Grenznahe Wüstenstadt Oujda zu gelangen, wo es erneut zu willkürlichen Verhaftungen kam. Am 30. Dezember fanden weitere Razzien in der Wüstenstadt Layoun statt. Mittlerweile wurde von verschiedenen Menschenrechtsgruppen dokumentiert, dass Polizei und Soldaten die MigrantInnen vergewaltigten und misshandelten.

Marokko kann davon ausgehen, mit dieser groß angelegten und offenbar geplanten Repressionswelle im Sinne der EU zu handeln. Erst im Juli letzten Jahres fand in Rabat eine Euro-afrikanische Ministerialkonferenz zu den Themen Migration und Entwicklung statt.

Im vorangegangenen Herbst waren marokkanische und spanische Polizisten gemeinsam an der Ermordung von MigrantInnen bei ihren Grenzübertritten bei Ceuta und Mellila beteiligt.

Tatsächlich besteht die EU-Nachbarschaftspolitik auf einer Kooperation mit den nordafrikanischen Staaten und macht von dieser ihre Wirtschaftshilfen und politische Anerkennung abhängig, bei Nicht-Kooperation drohen Sanktionen. (2)

Diese Kooperation besteht neben Rücknahmeabkommen darin, die MigrantInnen als vollkommen rechtlose Menschen zu behandeln, denn sonst könnten sie ja ganz legal bis an die Grenzen der EU gelangen. Dies geht so weit, dass diktatorische Regime wie Algerien und Mauretanien mit Waffenlieferungen unterstützt werden, um ihre Grenzen schließen zu können.

Der enorme Aufwand, mit dem die Menschen kriminalisiert und die Grenzen militarisiert werden, führt dazu, dass immer mehr Menschen im Maghreb stecken bleiben. Das UNHCR bemüht sich dort, sie zu sortieren und denjenigen mit Asylanspruch Papiere auszustellen, womit ihr Asylanspruch in der EU erlischt. Die nordafrikanischen Staaten bieten aber auch diesen anerkannten Flüchtlinge keinerlei Unterstützung und sie werden, wie im aktuellen Fall, ebenso zu Opfer von Übergriffen.

Bezeichnend ist die Militarisierung des Mittelmeers zum Zwecke der Migrationsabwehr vor allem deshalb, weil von der EU-Kommission einen Bedarf an Zuwanderung festgestellt hat (3) und die Mitgliedsstaaten zugleich aktiv ausländische Arbeitskräfte anwerben. (4) Anstatt die MigrantInnen aktiv zu entrechten, sollte die EU sich in ihrer Nachbarschaft für die Einhaltung von Menschenrechten einsetzen. Zunächst müsste sie aber selbst bereit sein, Menschen legal einreisen zu lassen und ihre sozialen und politische Rechte anerkennen. Amnesty International forderte, aufgrund der jüngsten Deportationen die Kooperation mit Marokko bei der Bekämpfung „illegaler Migration" einzustellen. (5) Dass die Flucht vor Hunger und Kriegen oder gar Menschen illegalisiert werden, ist menschenverachtend.

Christoph Marischka, IMI Tübingen ■

(1) siehe: http://fluechtlingsrat-hamburg.de/content/Meldung_Marokko_020107_franz.pdf , sowie: PRO ASYL e.V.: Informeller Rat in Dresden diskutiert Konzept von Schäuble und Sarkozy, Presseerklärung vom 15. Januar 2007

(2) Diese Strategie wird auf dem gegenwärtig stattfindenden informellen Treffen der EU-Innenminister in Dresden als „deutsch-französische Initiative für eine neue europäische Einwanderungspolitik" erneut bestätigt. Siehe außerdem: Rat der EU 2002: Draft Council Conclusions - Cooperation with third countries of origin and transit to jointly combat illegal immigration, nicht-öffentlich, aber auf der HP von Statewatch veröffentlicht, URL: http://www.statewatch.org/news/2002/jun/9917.3.pdf (20.10.2006)

(3) Kommission der EG 2005e (KOM (2005 669 endgültig): Strategischer Plan zur legalen Zuwanderung

(4) Geddes, Andrew 2004: Towards Common EU Immigration and Asylum Policies?, Draft prepared for the international conference 'Immigration Issues in EU-Turkish relations', Bogazici University, Istanbul, Turkey, 8-9 October 2004

(5) Amnesty International European Office: EU respond to migrants abuse in Morocco, Pressemitteilung vom 9.1.2007

→ Auf der von ihm geleiteten Konferenz konnte sich Schäuble mit der Forderung durchsetzen, den bislang von sieben EU-Staaten unterzeichneten Vertrag von Prüm über Datenaustausch zur grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit in europäisches Recht zu überführen. Durch diese weitgehende Aushebelung des Datenschutzes können Polizeistellen bei Großereignissen wie G-8- oder EU-Gipfel beispielsweise auf DNA- oder Fingerabdruckdateien und Fahrzeugregister anderer EU-Staaten zugreifen.

Ulla Jelpke, zuerst erschienen in: junge Welt vom 17.01.2007 ■

Dokumentation der

„Jugendliche Ohne Grenzen"-Konferenz

vom 15. - 18. November 2006 in Nürnberg

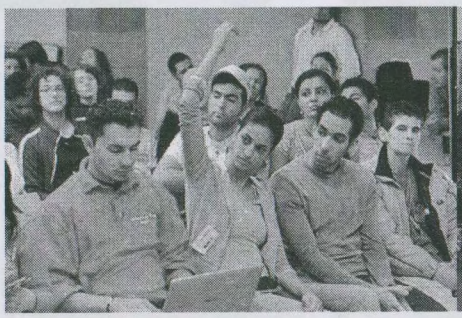
Von Mittwoch den 15. bis Samstag den 18. November 2006 trafen sich etwa 100 geduldete Jugendliche aus 12 Bundesländern zu der mittlerweile dritten parallel zur Innenministerkonferenz stattfindenden „Jugendliche Ohne Grenzen" - Konferenz. Auf diesen Konferenzen geht es darum, sich als geduldete Jugendliche, die für ihr Bleiberecht kämpfen, auszutauschen und zu vernetzen, neue Fähigkeiten zu lernen, aber auch darum, den Innenministern zu zeigen, dass wir da sind und sie so lange nicht in Ruhe lassen, bis es ein wirkliches Bleiberecht in Deutschland gibt.

Am Mittwochnachmittag wurde die Konferenz feierlich eröffnet und nach einer Vorstellungsrunde der TeilnehmerInnen mit der Preisverleihung des „Abschiebeministers 2006" begonnen. Gewinner des Abends war – wer hätte es anders erwartet – Günther Beckstein, der den Publikumspreis, den goldenen gepackten Koffer, verliehen bekam. Doch auch die anderen Innenminister wurden geehrt, der Jurypreis, der goldene Abschiebeflieger, wurde nämlich an die IMK als ganze in Würdigung ihrer Verdienste um die Verschleppung einer Bleiberechtsregelung verliehen. Das ganze wurde von Fernsehteams der Heute-Nachrichten und Tagesthemen gefilmt. Leider kam von den eingeladenen Innenministern bis auf Berlins Innensenator Körting, der überraschend auftauchte, niemand zu der Wahl. Herr Beckstein sah sich allerdings genötigt, sich via Presseerklärung artig für den Preis zu bedanken, der am Donnerstag dann von einer Delegation der Konferenz dem Protokollchef der Innenministerkonferenz übergeben wurde.

Workshops und Bleiberechtsdemonstration

Am Donnerstag wurden als erstes SprecherInnen für die Pressekonferenz und RednerInnen für die Demonstration am Abend gewählt. Daraufhin wurde in die Arbeitsgruppen gegangen. Eine Kleingruppe bereitete die Pressekonferenz vor, und erhielt eine Kurz-Einführung in professionelle Pressearbeit. Das gelernte wurde sofort angewendet: Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Pro Asyl machten die Jugendlichen dann auch noch einmal klar, dass sie sich nicht mit einem „Bleiberecht light" zufrieden geben würden, sondern dass es ihnen um ein Bleiberecht für alle ihre Freundinnen und Freunde geht. Der Großteil bereitet, während dessen im Aktionsworkshop die Demonstration am Nachmittag und die Übergabe des Preises an die Innenminister vor. Es wurden gemeinsam der Demonstrationsablauf durchgesprochen, Reden geschrieben, gebastelt, Transparente gemalt und Slogans geübt.

Am Nachmittag fand dann die bundesweite Demo fürs Bleiberecht statt, die mit über 2000 TeilnehmerInnen eine der kraftvollsten und ausdrucksstärksten Demos im Flüchtlingsbereich in den letzten Jahre nwar und an der sich vor allem Betroffene beteiligten. Busse waren u.a. aus Berlin, Frankfurt, Göttingen, Hessen und verschiedenen bayerischen Städten gekommen. Für besondere Empörung sorgte die Nachricht, dass der Bus aus dem Lahn-Dill-Kreis (Hessen) nicht kommen konnte, da die Residenzpflicht von den Behörden nicht aufgehoben wurde. Die Betroffenen ließen sich allerdings nicht entmutigen und machten den ganzen Tag lang eine Bleiberechtstour durch den Lahn-Dill-Kreis. Nach einer großen Schleife durch die Nürnberger Innenstadt zog die Demo bis kurz vor die Burg, wo sich gerade die Innenminister zum Fototermin trafen. Nach der Demo luden die Jugendlichen noch die TeilnehmerInnen zur Aufführung des Hiergeblieben-Theaterstücks in die Jugendherberge ein.



Wie weiter mit J.O.G.?

Der Freitag stand unter dem Motto: „Wie weiter mit J.O.G.". Am Freitag Vormittag hielten VertreterInnen von vier Flüchtlingsgruppen (Sans-Papiers, The Voice Refugee Forum, Papiere für Alle und Frassanito Netzwerk) Vorträge.
Die Referenten aus Frankreich und Deutschland berichteten über die Strategien ihrer Gruppe und Organisationsformen. In anschließenden Gesprächen erarbeiteten sie zusammen mit Jugendlichen Zukunftsperspektiven für „Jugendliche Ohne Grenzen". Besonders bemerkenswert war der Beitrag der Sans-Papiers: Ihr Referent war als Papierloser, trotz der Gefahr aufgegriffen und in Abschiebehaft genommen zu werden, über die Grenzen gekommen.

Zeitgleich demonstrierte eine Gruppe Jugendlicher während der Pressekonferenz der Innenminister vor ihrem Tagungshotel für ein echtes Bleiberecht. Sie passten Journalisten und gelangten ein weiteres Mal mit ihrer Kritik in die Abendnachrichten. Zudem kamen sie in Besitz des Bleiberechtsbeschluss, der umgehend zum Konferenzort gefaxt wurde und dort von einer Kleingruppe durchgearbeitet wurde, um ihn am Nachmittag vorzustellen.

Der Freitag-Nachmittag war bestimmt von der Diskussion über die Bleiberechts-Regelung und ihre Auswirkungen. Ausführlich und detailliert wurde die Regelung vorgestellt, zwei anwesende RechtsanwältInnen standen für Detailfragen zu den eigenen Bleiberechtschancen der Jugendlichen zur Verfügung. Auf der Basis dieser Informationen wurde dann das weitere Vorgehen im Gesamtplenum diskutiert. Die Ergebnisse der Diskussion wurden in einem Workshop aufgearbeitet und für das Abschlussplenum abstimmungsfähig gemacht. Ein weiterer Workshop passte den J.O.G.-Apell an die neue Situation an. Abends wurde dann unser Erfolg gebührend gefeiert. Im Gostener Hoftheater war Abschlussparty der J.O.G.-Konferenz.

Abschluss und Strategieplan für 2007

Am Samstagvormittag war dann der große Abschluss. Der neue J.O.G.-Apell wurde diskutiert und schließlich verabschiedet. Aufgaben bis zum nächsten J.O.G.-Treffen in Frankfurt wurden verteilt und ein Strategieplan fürs nächste Jahr bestimmt:

1. Mitte Januar (in Frankfurt) wird über zwei Tage verteilt ein Organisationstreffen stattfinden, bei dem die Aktionen des Jahres 2007 Jahres koordiniert werden. Zudem wird es drei Workshops zu den Themen Fundraising, „was war für Nürnberg nötig" und Pressearbeit geben.

2. Im Februar oder März wird ein bundesweiter Aktionstag stattfinden der evtl. mit einem politischen Ereignis gekoppelt wird. Vor der Bundestagsentscheidung wird es eine bundesweite Demonstration in Berin geben.

3. Im September wird die nächste J.O.G.-Konfernz stattfinden, voraussichtlich in Norddeutschland.

Presse

Während der ganzen Konferenz hatte unser Presseteam alle Hände voll zu tun. Am Mittwochnachmittag, sowie Donnerstag und Freitag Vormittag wurden parallel zum Konferenz-Programm Workshops mit 10-15 Jugendlichen durchgeführt. Sie erhielten von MitarbeiterInnen von Pro Asyl und dem Bayerischen Flüchtlingsrat ein kurzes Interview-Training. Da es häufig um sehr persönliche Interviews ging, wurde die Geschichte der einzelnen Jugendlichen kurz durchgesprochen und im Vorfeld abgeklärt, worüber sie bereit sind zu

reden und worüber nicht. Das Training zahlte sich aus: Von ARD und ZDF über Radio Bremen bis zu dem kleinen Studententeam waren verschiedene Fernsehsehteams vor Ort. Welche Medien sonst noch berichtet haben, kann dem Pressespiegel (Website) entnommen werden. Die abschließende Pressemitteilung der Konferenz wurde ebenfalls in einem Workshop am Freitagabend verfasst.

Fazit

Die Konferenz war geprägt von einem absolut respektvollen Umgang der Jugendlichen untereinander sowie den Organisatoren gegenüber. Es wurde sich auf Augenhöhe begegnet - das Herkunftsland des anderen war schlichtweg egal.

Jugendliche die nach Interviews über ihre Fluchtgeschichten oder wegen einer negativen Bleiberechtsprognose verzweifelten, wurden von Anderen aufgefangen. Niemand wurde nach Hause geschickt. Solidarität und Zusammengehörigkeitsgefühl prägten die Konferenz.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Konferenz ein voller Erfolg war, auch wenn die jetzige Bleiberechts-Reglung nicht unseren Vorstellungen entspricht. Ohne die Aktionen und Demonstrationen, die J.O.G. (schon im Vorfeld) leistete, wäre kein Innenminister auch nur auf die Idee gekommen, über Bleiberecht zu diskutieren. Dass sie es jetzt trotzdem getan haben und sogar eine Reglung getroffen haben, obwohl es demnächst eine gesetzliche Regelung geben soll, zeigt auch, wie sehr sie darauf bedacht waren, angesichts der vielen Proteste das Gesicht zu wahren. Und es beweist auch: die Proteste zeigen Wirkung und sind mittlerweile ganz oben angekommen. Das macht Mut, weiterzumachen! Gleichzeitig konnten die Jugendlichen aus den Workshops praktische Fähigkeiten zur demokratischen Partizipation mitnehmen (Demonstrationsvorbereitung und Pressearbeit). Partizipation war jedoch auf der Konferenz nicht nur Lern-, sondern vor allem Anwendungsprogramm: Bei der Durchführung der Pressekonferenz, der Demonstration und der Preisübergabe oder durch das Geben von Interviews wurde aus der Praxis gelernt. Die praktischen Erfahrungen, die von den Referenten der anderen Flüchtlingsorganisationen weitergegeben wurden, haben die Schwierigkeiten beim Aufbau einer Gruppe wie J.O.G. benannt und Möglichkeiten von J.O.G. realistisch einschätzbar gemacht. Auf dieser Basis konnte eine gemeinsame Planung der inhaltlichen Zukunftsausrichtung sowie die Festlegung des Jahresplans 2007 realisiert werden. Was die Zusammenarbeit mit anderen Betroffenen in Deutschland und Frankreich betrifft wurde durch den persönlichen Kontakt zu den Referenten neue Möglichkeiten geschaffen.

Das Bleiberechtsbüro im Bayerischen Flüchtlingsrat ist erreichbar: www.bleiberechtsbuero.de, kontakt@bleiberechtsbuero.de

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg - Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

:aus der faschistischen Presse

Frauenfeindlich und antisemitisch

Junge Freiheit Nr. 3/07 v. 12. Januar 2007

Die frauenfeindliche Ablehnung aller Maßnahmen zur Sicherung der Gleichberechtigung und Gleichstellung der Geschlechter ist ein Schwerpunkt dieser Ausgabe des Blattes. Als Quintessenz formuliert Michael Paulwitz: „Die schon von Alice Schwarzer geforderte und von ‚Gender Mainstreaming' in letzter Konsequenz anvisierte völlige Abschaffung der Hausfrau und Mutter als akzeptierte Lebensform trifft sich mit dem technokratischen Interesse an der totalen Mobilmachung aller ‚menschlichen Ressourcen' zur abhängigen Vollzeit-Erwerbstätigkeit." Die Kritik trifft aus Sicht des Blattes alle Parteien des Bundestages – zu ihrem Leidwesen auch die „angeblich konservative bayerische CSU-Regierung". In einer Bildunterschrift beklagt das Blatt: „Auch Jungs lernen heute den Umgang mit Säuglingen". Alles das diene dazu, die „deutsche Gesellschaft systematisch ‚von oben' umzuprogrammieren". Dass Gleichstellung und Gleichberechtigung der Geschlechter auch mit den wirtschaftlichen und sozialen Änderungen der modernen Industriegesellschaften zu tun hat, kommt dem Blatt nicht in den Sinn. Die Frau gehört in den Haushalt und der Mann ins Arbeitsleben – diese Vorstellung war schon immer nur für einen ganz eingeschränkten Teil der Gesellschaft möglich und erstrebenswert.

Blatt-Autorin Doris Neujahr beklagt das Vorhaben von Justizministerin Brigitte Zypries, „die Leugnung des Holocaust in ganz Europa unter Strafe stellen" zu lassen. Neujahr dehnt jetzt die von ihr postulierte Identitätslosigkeit der Deutschen auf ganz Europa aus: „Im Bemühen, den nationalsozialistischen Mord an den Juden als den zentralen Bezugspunkt eines vereinten Europa festzulegen, spiegelt sich ein Kontinent wider, der keine Idee von sich selbst und keine Kraft zur Selbstbehauptung hat. Wer eine exklusive Naherinnerung auf ewig stellt, betreibt die radikale Reduktion des historischen und kulturellen Bewusstseins. Indem es den Holocaust zum europaweiten Rechtstitel und zum Prüfstein der Legitimität allen staatlichen und politischen Handelns erhebt, macht Europa sich politisch erpressbar nach innen und außen. So leicht können Eurokraten einen Kontinent zugrunde richten." Doris Neujahr beherrscht die Kunst, die strafbewehrte Leugnung des Holocaust zu umgehen und ihn gleichzeitig mehr als zu relativieren. Wer hat den Kontinent an den Rand des Abgrunds gebracht – doch wohl der nationalsozialistische deutsche Imperialismus und nicht die angeblichen „Eurokraten". *uld* ■

Deutsche an die Front – aber nur für deutsche Interessen

Nation & Europa 1-2007

Angesichts von Millionen Arbeitslosen entdeckt auch die Redaktion von „Nation & Europa" die soziale Frage. Auf dem Titelblatt des Januarheftes geht sie das Thema satirisch an: Das Bild eines großen Tretrades, einem Hamsterrad vergleichbar, aber von einem Menschen angetrieben wird kommentiert mit „Die Bundesregierung informiert: Es geht voran in Deutschland". Auch *Harald Neubauer* nimmt sich in seinem Editorial des Satzes und des Themas an. „Tatsächlich geht es hierzulande voran – zuvörderst mit der Armut.... Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes müssen bereits 10,6 Millionen Deutsche mit weniger als 60% des Durchschnittseinkommens ihr Dasein fristen. Viele davon liegen noch weit unter jenem Niveau, das die Wirtschaftswissenschaftler als ‚Armutsgrenze' definieren. In der ‚Süddeutschen Zeitung' werden die Betroffenen kurz und bündig als ‚Überflüssige' bezeichnet. Wer es nicht ganz so unverblümt mag, spricht von ‚Prekariat', abgeleitet von der ‚prekären' – sprich: mißlichen – Lebenslage dieser rasch wachsenden Bevölkerungsgruppe. Sie besteht überwiegend aus Langzeit-Arbeitslosen, Hartz-IV-Empfängern und Kleinrentnern. Doch mehr und mehr gesellen sich auch Menschen hinzu, die zwar tagtäglich hart schuften, aber durch steigende Steuern, Abgaben und Fixkosten um die Früchte ihrer Arbeit betrogen werden.... Das Regime reduziert weder seine Ausgaben noch seine Verbindlichkeiten, es bereichert sich nur ungehemmter an seinen Untertanen". „Antikapitalismus" von rechts: Nicht die Unternehmer oder die Konzerne, noch weniger natürlich das herrschende Wirtschaftssystem, nein, der Staat ist schuld an der Armut. Auf diese Weise wird berechtigte Unzufriedenheit aufgegriffen, um auf Scheinziele gelenkt zu werden. Die Rolle der wirklich für Arbeitslosigkeit und Armut Verantwortlichen kommt dabei natürlich nicht zur Sprache.

Auch Dr. *Johannes Schulze* beschäftigt das Thema. Unter der alarmierenden Überschrift „Rückkehr des Sozialismus?" beschreibt er seine Sicht der Probleme: „Nicht nur private Traditionsunternehmen, auch gemeinwirtschaftliche (Staats-) Unternehmen gehen ‚an die Börse', werden zu losen Vermögensgegenständen und Spekulationsobjekten anonymer Eigner (Investmentgesellschaften, Banken, Großaktionäre). Kaum jemand ist noch persönlich für sie verantwortlich. Sie sind Handelsobjekte, die man beliebig aus Profitgründen aufteilt, ins Ausland verlagert, auch stückweise an (ausländische) ‚Investoren' zur weiteren Verwertung verhökert, nicht selten, um sich den Verpflichtungen gegenüber der Belegschaft zu entledigen." Von Sozialismus ist im weiteren Beitrag keine Rede, ebensowenig wie von anderen Alternativen zum beschriebenen Szenario. Aus Schulzes Beschreibung kann man allerdings entnehmen, was ihm vorschwebt: Deutsche Unternehmerpersönlichkeiten von altem Schrot und Korn statt anonymer ausländischer Investoren, patriachalische Betriebsverhältnisse statt kalter ökomomischer Profitlogik, „schaffendes" statt „raffendem" Kapital.

Karl Richter macht sich unter der Überschrift „Bundeswehr auf dem Weg zur Helotentruppe: Die Als-ob-Armee" Sorgen über die bundesdeutsche Armee. Zum ersten sind deren Angehörige zu weich: „Zeit und Berufssoldaten, die in Afghanistan eingesetzt waren, berichten hinter vorgehaltener Hand Erschütterndes. Etwa von völlig kopflosen Reaktionen beim rund 2000 Soldaten zählenden Kontingent, das seit 2002 in ‚Camp Warehouse' Dienst schiebt, dem zentralen Stützpunkt der Bundeswehr in Afghanistan unweit der Hauptstadt Kabul... Niemals in viereinhalb Jahren gab es gezieltes Feuer auf das Camp. Doch einmal, erzählen Dabeigewesene, schlugen zwei (in Zahlen: 2) Raketen in einer Entfernung von mehreren hundert Metern ein und bewirkten eine Massenflucht in den unterirdischen Schutzraum, wo es zu erschütternden Szenen kam: Soldaten umklammerten sich in heller Panik, andere brachen in Schrei- und Weinkrämpfe aus." Weicheier eben, anders als der Reserveoffizier Richter.

Auch mit der Ausrüstung sieht es schlecht aus: „Die Folge ist, daß deutsche Truppenteile heute zwar in allen Winkeln der Welt stationiert sind, eine wirkungsvolle Heimatverteidigung aber nicht mehr möglich wäre, weil alle größeren Heereseinheiten multinational verzahnt, Flugabwehr und Küstenschutz weitgehend demontiert sind und die wenigen verbliebenen Territorialeinheiten nur noch über hoffnungslos veraltetes Material verfügen".

Was folgt daraus: „Die Bundeswehr mag alles mögliche sein, etwa die paramilitärische Variante des Technischen Hilfswerkes, eine Art Deichwehr für flutbedrohte Landstriche in den neuen Bundesländern – oder was auch immer. Aber eine Armee?"

Am schlimmsten ist für Richter allerdings die angeblich mangelnde Moral: „Nicht zuletzt fehlt ihr nämlich entscheidendes, über das alle anderen Streitkräfte der Welt verfügen, nur die deutschen nicht: die nationale Identität. Sie speist sich im Normalfall aus einem unverrückbaren Fundus eigener Tradition und aus dem selbstverständlichen Stolz auf die militärischen Leistungen des eigenen Landes. Nur hierzulande ist das nicht so. Die Bundeswehr dürfte die einzige Armee weltweit sein, deren – verordnete – Vorbilder Widerständler und Deserteure sind und in der das Bekenntnis zum Waffenruhm der eigenen Soldaten mit Rausschmiß und Disziplinarmaßnahmen honoriert wird.... Im Ergebnis ist die Bundeswehr heute eine Truppe ohne Identität, ohne Tradition, Stolz und Profil."

Dabei gäbe es doch so viel, auf das die Bundeswehr stolz sein könnte: Den Überfall auf Frankreich 1870, die Gemetzel des Ersten Weltkrieges, den Versuch fast ganz Europa zu versklaven...

Dem Autoren geht es allerdings nicht um soldatische Ehre um ihrer selbst willen: „Die Rechnung der 60 Jahre währenden Demilitarisierung – an der ein halbes Jahrhundert Bundeswehr nichts ändert – kommt auf den Tisch: Die Krauts sollen sich mit scharfem Schuß an der Installation der ‚Neuen Weltodnung' beteiligen". Und bevor die Bundeswehr das für die US-Amerikaner tut, sollte sie nach Richters Meinung offensichtlich lieber eigene imperialistische Ziele anpeilen – die oben genannten können ja als Vorbilder gelten. Dafür sollen die Soldaten der Bundeswehr bereits heute militärisch und ideologisch fit gemacht werden. *tri* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Erscheinungsweise: 14-täglich

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507